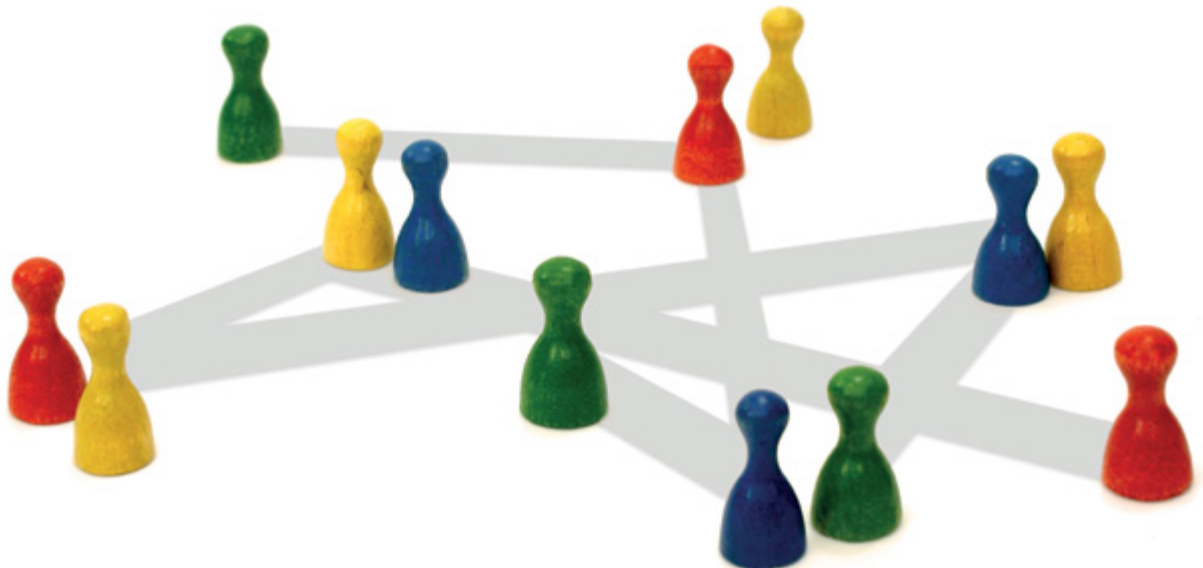




Handbuch für Lokale Bündnisse gegen Rechtsextremismus



Herausgeber

.....

Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V.

Leipziger Str. 37, 06108 Halle

E-Mail: halle@freiwilligen-agentur.de

Internet: www.freiwilligen-agentur.de

Landeszentrale für politische Bildung

Netzwerk für Demokratie und Toleranz

in Sachsen-Anhalt

Schleiufer 12, 30104 Magdeburg

E-Mail: netzwerk@lpb.mk.sachsen-anhalt.de

Internet: www.hingucken.sachsen-anhalt.de

www.lpb.sachsen-anhalt.de

Druck

.....

- Grafisches Centrum Cuno GmbH & Co. KG, Calbe
1. Auflage; Magdeburg 2012

Fotos

.....

- Projekt Gegenpart (S. 8, 22, 42, 54, 58)
- Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V.
(S. 17, 54)
- Landeszentrale für politische Bildung
Sachsen-Anhalt e.V. (S. 13, 40)

Texte

.....

- Nicole Marcus
- Christine Sattler
- Stefan Vogt
(Ausgenommen die Interview-
beiträge mit lokalen Bündnissen)

Redaktionsgruppe

.....

- Steffen Andersch
(Alternatives Jugendzentrum Dessau e.V.)
- Cornelia Habisch
(Landeszentrale für politische Bildung
Sachsen-Anhalt)
- Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V.
- Anne Mehrer
(Miteinander e.V.)
- Hildegard Rode
(Ministerium für Arbeit und Soziales
Sachsen-Anhalt)

Gestaltung & Satz

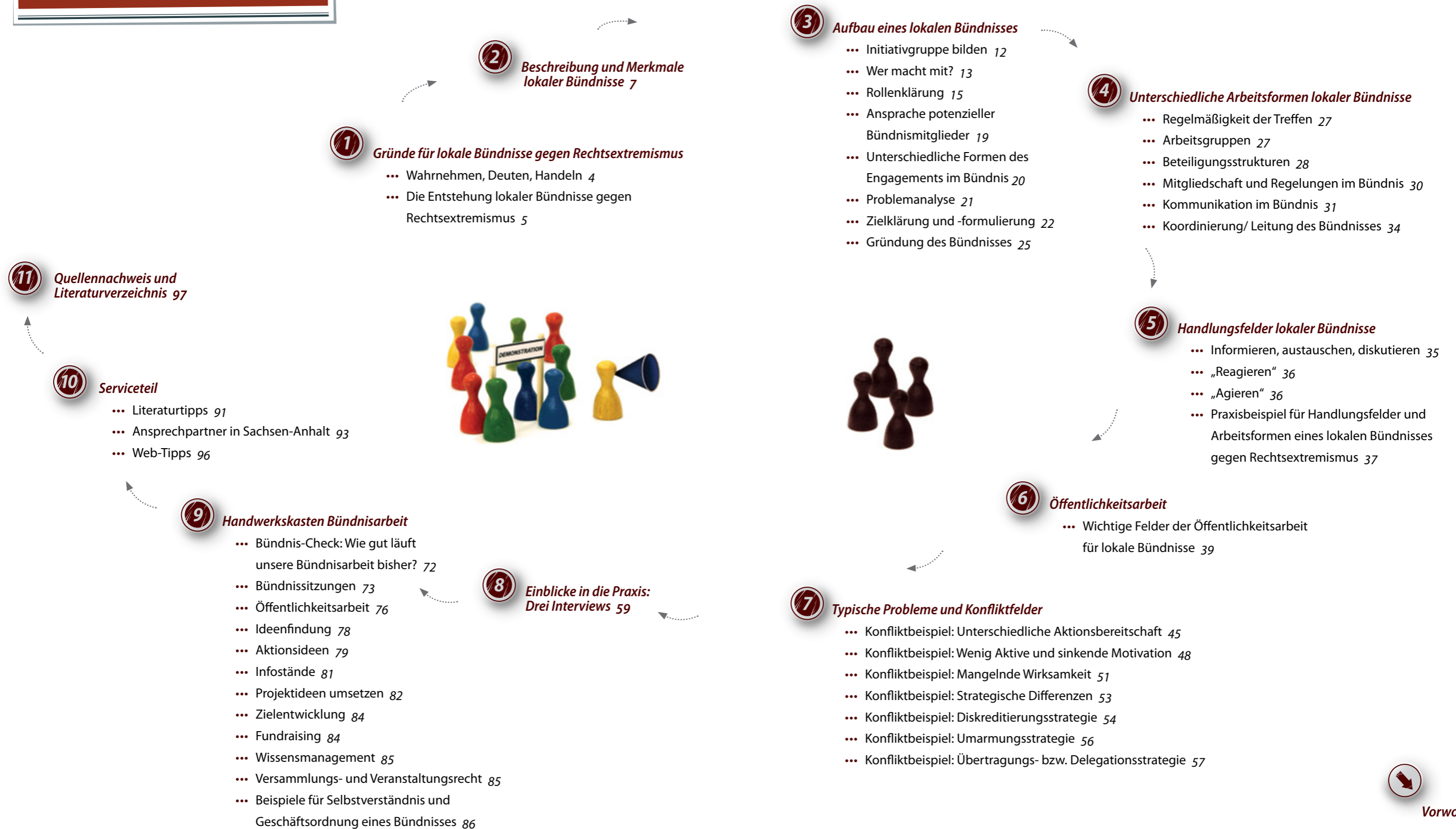
.....

- Johannes Key

Handbuch für Lokale Bündnisse gegen Rechtsextremismus

**Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V.,
Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt (Hg.)**

Themenfinder



Vorwort

Wenn in Kommunen das offensive Auftreten von Rechtsextremen im öffentlichen Raum, zum Beispiel bei Sport-, Kultur- und Jugendveranstaltungen zunimmt, neonazistische Aufmärsche durch den Ort stattfinden oder gar Menschen zu Opfern rechtsextremer Bedrohungen und Gewalt werden, sind wir häufig ratlos und überfordert. Die naheliegenden Fragen lauten: „Wie konnte das passieren?“, „Konnten wir das nicht verhindern?“, „Was sind die Konsequenzen, die sich daraus ergeben?“, „Was können wir tun?“. Bei genauerem Hinschauen führen diese Fragen oft zu der Erkenntnis, dass die rechtsextremen Erscheinungen meist die Folge von zu langem Wegschauen, Schweigen oder gar Zustimmung der Menschen vor Ort sind. Nicht selten ist es die Erfahrung eigener Hilflosigkeit und Ohnmacht, die dazu führt, dass sich Menschen mit anderen Engagierten zusammenschließen und ein lokales Bündnis bilden.

Die Formen und Bezeichnungen solcher Bündnisse sind vielfältig, und Strukturen, Arbeitsformen und Handlungsfelder unterscheiden sich. Auch existieren viele verwandte Strukturen wie z.B. Runde Tische gegen Gewalt, Präventionskreise u.a.m. Im Bewusstsein der Unterschiedlichkeit von Bündnissen und der begrifflichen Unschärfen bezeichnen wir

in diesem Handbuch diese Bündnisse einheitlich als „Lokale Bündnisse gegen Rechtsextremismus“.

Das vorliegende Handbuch richtet sich an Menschen und Gruppen, die sich mit dem Gedanken einer Bündnisgründung tragen sowie an bereits bestehende Bündnisse, die in ihrer Arbeit vor Fragen und Herausforderungen stehen. Ganz im Sinne eines Leitfadens werden die Schritte von der ersten Idee über die Partnersuche, die Gründung, die Phasen der Etablierung sowie der Stagnation und Weiterentwicklung beschrieben. Lokale Bündnisse verstehen wir dabei nicht als Gebilde, für die es eine Aufbauanleitung, eine mechanische Regelmäßigkeit sowie notfalls eine Reparaturanweisung im Falle eines Defektes gibt. Vielmehr verlaufen Bündnisgründungen und -entwicklungen wellenförmig, unregelmäßig und oft auch zirkulär: Am Anfang stehen meist eine hohe Motivation und Enthusiasmus der Beteiligten, sich endlich mit den gemeinsamen Problemsichten beschäftigen zu können. Im Verlauf müssen aber immer wieder Talsohlen abfallender Begeisterung, Selbstzweifel und Konflikte durchschritten werden. Im schlimmsten Falle trennen sich die Akteure wieder oder beginnen noch einmal ganz von vorn. Das Handbuch versucht, die Gründungsphase eines lokalen Bündnisses entlang einer (idealtypischen) Chronologie zu beschreiben. In späteren Kapiteln erfolgt dann eine Beschäftigung mit Fragen, die sich durchaus immer wieder und zu unterschiedlichen Zeitpunkten stellen können.

Das Handbuch bietet in diesem Zusammenhang Informationen und Hilfestellungen. Auf der Grundlage der langjährigen Erfahrungen mobiler Beratungsarbeit in Sachsen-Anhalt bei der Begleitung zahlreicher Initiativen, Netzwerke und Bündnisse greift diese Publikation häufig gestellte Fragen auf und versucht diese anhand praktischer Tipps und Beispiele zu bearbeiten. Der Handwerkskoffer beinhaltet Arbeitsblätter, Mustermaterialien und Checklisten, die für die eigene Arbeit genutzt und eingesetzt werden können.



Olaf Ebert



Cornelia Habisch

Dank!

Unser Dank gilt den Vertreter_innen lokaler Bündnisse, die bereit waren, unsere Fragen zu ihrer eigenen Bündnisgeschichte und -entwicklung zu beantworten und von ihren persönlichen Erfahrungen, Herausforderungen und Erfolgen zu berichten und so anderen Mut zu machen.

Wir danken besonders den drei Autorinnen, Christine Sattler, Nicole Marcus und Stefan Vogt, die den größten Teil der Texte geschrieben, alles zusammengefügt und mit viel Geduld aus der Summe der Teile ein Ganzes gemacht haben

Wir danken ebenfalls den Mitgliedern der Redaktionsgruppe, die zur Entstehung dieses Handbuchs beigetragen haben: Anne Mehrer vom Regionalen Beratungsteam Süd, Steffen Andersch vom Mobilien Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Anhalt sowie Hildegard Rode vom Ministerium für Arbeit und Soziales Sachsen-Anhalt.



Sprachliche Anmerkungen

„Rechtsextremismus“

Der Begriff „Rechtsextremismus“ wird in der Fachwelt sehr unterschiedlich verwendet und durchaus auch kritisch diskutiert. Wenn wir im Folgenden den Begriff „Rechtsextremismus“ verwenden, beziehen wir uns dabei auf das von Heitmeyer beschriebene Syndrom der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“, das sich auf eine generalisierte Ideologie der Ungleichwertigkeit zurückführen lässt und Erscheinungsformen wie Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus, Homophobie u.a. umfasst (vgl. Heitmeyer 2002, 2003, 2006, 2007).

Geschlechtergerechte Sprache

Zur Benennung beider Geschlechter in lesbarer Kurzform haben wir uns für die Nutzung des Unterstrichs entschieden. Das erleichtert Ihnen, liebe Leser_innen, das Lesen und Verstehen der Texte und ermöglicht so den schnellen Wechsel zum gemeinsamen Handeln, denn darum geht es ja schließlich!

01 Gründe für lokale Bündnisse gegen Rechtsextremismus

Während die konkreten Anlässe für die Bildung von lokalen Bündnissen gegen Rechtsextremismus so vielfältig sind wie die Menschen und Gruppierungen, die dahinter stehen, sind die Zielrichtungen meist sehr ähnlich. All diesen Initiativen ist das Engagement gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sowie für mehr Demokratie und Toleranz gemeinsam. Sie entstehen

in der Regel aus der Erkenntnis heraus, dass die Auseinandersetzung mit einer komplexen gesellschaftlichen Problemlage, wie demokratiefeindlichen und gewaltbereiten rechtsextremen Strukturen und einer bis in die Mitte der Bevölkerung vorhandenen Fremdenfeindlichkeit, nur gemeinsam erfolgen kann. Einzelne, voneinander isolierte Personen oder Gruppen können hier nur punktuell etwas erreichen.

1. Wahrnehmen, Deuten, Handeln

Wesentlich für eine erfolgreiche Strategie eines Bündnisses gegen Rechtsextremismus ist zunächst das Zusammenführen und Austauschen aller Informationen und Problemwahrnehmungen der Beteiligten. So erfahren viele Personen oder Institutionen oft erst in dieser Phase von der Breite und Vielfalt rechtsextremer Vorkommnisse in ihrer Region. Und mit dieser Erkenntnis wächst die Bereitschaft, sich dagegen zu engagieren.

Der nächste Schritt ist die gemeinsame Debatte über die Problemlage, ihre Ursachen und geeignete Gegenstrategien. Für ein Gemeinwesen ist es von großer Bedeutung, dass es für diese wichtige Debatte ein Forum gibt, einen Ort, an dem diese Fragen von möglichst vielen Bürger_innen diskutiert werden können. Eine Schärfung des Problembewusstseins umfasst auch die intensive Auseinandersetzung mit Argumentationsmustern und Ideologien der extremen Rechten, die zum Teil auch in der gesellschaftlichen Mitte verankert sind (vgl. Molthagen u.a. 2008: 16).

2. Die Entstehung lokaler Bündnisse gegen Rechtsextremismus

Lokale Bündnisse können entweder spontan entstehen (z.B. als Reaktion auf konkrete Ereignisse mit dem Wunsch von Menschen, einen demokratischen Protest zu organisieren) oder aus einer langfristig geplanten Zusammenarbeit von im Tätigkeitsfeld Arbeitenden heraus. Manchmal entstehen sie aber auch als Ergebnis eines Zusammenschlusses von zwei oder mehreren bis dahin parallel existierenden Netzwerken, die thematisch eng beieinander liegen. Diese verschiedenen Möglichkeiten werden an folgenden Fallbeispielen veranschaulicht:

Fallbeispiel A

In einer Gemeinde wird bekannt, dass freie Kameradschaften eine Demonstration angemeldet haben. Als Reaktion auf diese Nachricht findet sich spontan eine größere Gruppe von Menschen zusammen, die gemeinsam nach einer angemessenen Gegenreaktion sucht. Diese Initiativgruppe setzt sich bunt zusammen aus Kirchenvertreter_innen, kommunalpolitisch Engagierten, Rentner_innen, Gewerkschaftler_innen, Student_innen, Sozialarbeiter_innen. Ziel ist es, der öffentlichen Präsenz rechtsextremer Gruppen eine aktive Bürgerschaft entgegenzusetzen, die sich für demokratische Werte in der Gemeinde engagiert. Das Bündnis ist geboren.

Fallbeispiel B

Obwohl sich in einer Stadt bislang kaum stabile rechtsextreme Strukturen festigen konnten, finden auch hier immer wieder konkrete neonazistische Aktivitäten statt. Rechtsextreme Gewalttaten, Alltagsrassismus und strukturelle Ausgrenzungen gehören zur Realität. Bereits in der Vergangenheit konnte vor Ort öffentlich wirksamer Protest organisiert werden. Bürgerschaftlich Engagierte und Berufsakteur_innen wollen durch ein langfristiges gemeinsames Engagement verbindliche Strukturen bilden, sich über konkrete Anlässe hinaus mit rechtsextremen Einstellungen auseinandersetzen und Wege für mehr Aufklärung und Weltoffenheit in ihrer Kommune schaffen. Aus diesem Wunsch heraus entsteht die Initiative für die Gründung eines übergreifenden Bündnisses, das neue Akteur_innen einbindet.

Fallbeispiel C

Ein seit Langem bestehendes Bündnis gegen Rechtsextremismus (BgR) reflektiert nach Jahren selbstkritisch die eigene Mobilisierungsfähigkeit. Hintergrund der Debatte ist ein sogenannter Trauermarsch der NPD in der Stadt, der einige Wochen zuvor stattfand. Dem BgR gelang es damals trotz intensivster Bemühungen nicht, einen nennenswerten demokratischen Protest zu organisieren. Der Appell zur aktiven Beteiligung blieb zum großen Teil ungehört. Parallel dazu rief der Oberbürgermeister zu einem demokratischen Protest gegen den rechtsextremen Aufmarsch auf. Dem Aufruf des Oberbürgermeisters folgten erstaunlich viele Menschen: ein temporäres Aktionsbündnis war geboren. Kurz darauf diskutieren Vertreter_innen des BgR und des Aktionsbündnisses gemeinsam die Frage: Wie weiter? Dem Bündnis gegen Rechtsextremismus ist daran gelegen, effektiver in der Öffentlichkeit zu agieren. Der Initiativkreis sieht sich als temporäres Gremium nicht dauerhaft in der Lage, maßgebliche Impulse in der Stadt zu setzen. Angesichts dieser Ausgangslage wird die Entscheidung getroffen, ein gemeinsames Netzwerk zu gründen. Nach fast 14-monatiger intensiver Debatte wird ein Netzwerk gegründet, an dem zivilgesellschaftliche Initiativen genauso beteiligt sind wie Vereine, Bürger_innen, Institutionen, Behörden und Teile der Stadtverwaltung.



Die Beispiele zeigen: Unabhängig von einer spontanen Empörung oder einer längerfristigen Idee gründen sich lokale Bündnisse immer vor dem Hintergrund der Erkenntnis, dass das Handeln Einzelner nicht ausreicht. Ebenso immer dann, wenn gemeinsame Ziele nur durch Kooperation und Vernetzung unterschiedlicher Partner erreichbar oder besser erreichbar sind.



02 Beschreibung und Merkmale lokaler Bündnisse

3

Motivation

In der Regel beruht die Mitarbeit in einem Bündnis auf Grundlage einer freien Entscheidung des einzelnen Mitglieds und einer entsprechenden Motivation zur Teilnahme. Für Bündnisse, in denen neben Einzelpersonen auch Vereine, Verbände und Initiativen und vielleicht sogar Verwaltungen vertreten sind, können die Motivationsgrade zwischen der jeweiligen Institution und der in das Bündnis „entsendeten“ Person durchaus variieren.



4

Zusammensetzung

Nur in seltenen Fällen bestehen Bündnisse aus völlig spontan zusammengefundenen Personen und Personenkreisen. In der Regel geht der Gründung eines Bündnisses eine Initiativgruppe voraus, die sich vor der Bündnisgründung mit der Frage beschäftigt, wer als Mitglied noch gewonnen werden soll. Geeignet scheinen zunächst alle Akteur_innen, bei denen davon ausgegangen wird, dass sie ähnliche Wertvorstellungen besitzen, ähnliche Interessen verfolgen, eventuell über Ressourcen verfügen, die für das Bündnis hilfreich sein können usw.

(siehe dazu ausführlicher Kapitel 03)



7

Wie lassen sich gemeinsame Merkmale und Funktionen von lokalen Netzwerken oder Bündnissen gegen Rechtsextremismus beschreiben, obwohl die Strukturen, Arbeitsformen und Handlungsfelder so vielfältig sind?

Versuchen wir, verbindende Elemente zu finden:

Bündnistypen

Ziele

Motivation

Zusammensetzung

Kooperation

1

Ziele

Lokale Bündnisse gegen Rechtsextremismus sind Zusammenschlüsse unterschiedlichster Akteur_innen, Akteursgruppen und Institutionen, die (in der Regel) ein gemeinsames Ziel vor Augen haben. Die Motivation für eine Beteiligung hängt natürlicherweise davon ab, ob für die handelnden Akteur_innen ein erkennbarer Nutzen – ideeller oder politischer Art – in der Bündnisarbeit besteht. Ein solcher Mehrwert entsteht wiederum nur durch Kooperation der handelnden Mitglieder eines Bündnisses und beschreibt damit ein weiteres gemeinsames Merkmal:

2

Kooperation

In lokalen Bündnissen handeln verschiedene Akteur_innen gemeinsam mit der Absicht, mehr zu erreichen als sie allein dazu imstande wären. Durch das gemeinsame Agieren kann dabei entweder etwas Neues entstehen (erstmalig finden unterschiedliche Gruppierungen einer Gemeinde zusammen und schaffen es, unter Bündelung aller Ressourcen, einen

wirkungsvollen Protest gegen einen Naziaufmarsch zu organisieren), oder bereits bestehende Bündnisstrukturen (z.B. das Bündnis gegen Rechtsextremismus und ein Aktionsbündnis gegen Gewalt) schließen sich zusammen, um bessere Wirkungen zu erzielen.

Eine gelingende Kooperation setzt Kompetenzen der Beteiligten wie Offenheit, Verhandlungsfähigkeit, Konfliktfähigkeit, Empathie, Toleranz und Verlässlichkeit voraus. Zum Umgang mit Kooperationsproblemen und Konflikten finden Sie in Kapitel 07 weitere Hinweise.

(siehe dazu ausführlicher Kapitel 07)

8

Typ A

Bürgerschaftliches Bündnis

In diesem Typus engagieren sich ausschließlich ehrenamtliche Einzelpersonen und informelle Gruppen. Die Mitglieder verzichten bewusst auf die Aufnahme von Berufsakteur_innen und kommunalen Verantwortungsträger_innen. Sie verstehen sich vielmehr als eine Gemeinschaft von Gleichgesinnten, sie teilen ähnliche Interessen und Wertvorstellungen. Aus Sicht der Bündnismitglieder werden mangelnde Ressourcen und geringe Projekterfahrung durch persönliche Überzeugung, hohe Eigenmotivation und Engagementbereitschaft kompensiert.

Typ B

Heterogenes Bündnis

In diesem Typ arbeiten ehrenamtlich engagierte Einzelpersonen, Berufsakteur_innen und kommunal Verantwortliche im Bündnis zusammen. Das Bündnis integriert die persönliche Motivation der „Laien“ genauso wie die an eine Berufsverpflichtung gebundene Verantwortlichkeit der „Professionellen“. Differenzen werden von beiden Seiten in Kauf genommen, da die bessere Ausnutzung von Möglichkeiten im Vordergrund steht.

5

Bündnistypen

Lokale Bündnisse gegen Rechtsextremismus unterscheiden sich hinsichtlich der Zusammensetzung ihrer Mitglieder und ihrer Organisationsstrukturen zum Teil sehr deutlich. Ohne an dieser Stelle auf alle möglichen und denkbaren Varianten eingehen zu können, seien an dieser Stelle einige Typen beschrieben, die untereinander wiederum auch Mischformen aufweisen können. Die folgende Ausführung vermeidet bewusst Bewertungen der einzelnen Typen und verbleibt auf einer beschreibenden Ebene. Vor- und Nachteile hinsichtlich der Organisationsformen werden in späteren Kapiteln beleuchtet.

Typ C

Hierarchisch strukturiertes Bündnis

Netzwerke sind in der Regel Zusammenschlüsse ohne komplizierte Hierarchien oder Verfahrensweisen, alle Mitglieder kooperieren auf Augenhöhe, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen. Dennoch finden sich auch innerhalb lokaler Bündnisse durchaus hierarchische Strukturen. So ist es nicht unüblich, dass lokale Bündnisse Leitungsgremien etabliert haben, die aus einer oder mehreren Personen bestehen können. Diese treffen alle strategischen und operativen Entscheidungen. Die Mitgliederversammlung beschließt eher grundsätzliche Fragen. Die Arbeitsstruktur ist an der zentralen Rolle des Leitungsgremiums ausgerichtet. Alle Informationsflüsse laufen quasi dort zusammen.

Typ D

Basisdemokratisches Bündnis

Basisdemokratische Bündnisse kommen ohne Repräsentant_innen aus. Es gibt keine Hierarchiestufen innerhalb des Gremiums. Bei Entscheidungen soll gewährleistet werden können, dass alle Beteiligten die getroffenen Vereinbarungen auch wirklich mittragen und niemand übergangen wird. Entscheidungen werden weitestgehend im Konsens getroffen.

Typ E

Bündnis der „Zuständigen“

Das Bündnis besteht überwiegend aus Personen, die im weitesten Sinne dienstlich für das Aufgabenfeld zuständig sind oder sich zuständig fühlen. Sie sehen sich in der Verantwortung und wollen einen geregelten fachlichen Austausch gewährleisten. Sie haben meist gute Zugänge zu Ressourcen, verfügen über Überblickswissen und sind in der Regel gut vernetzt. Zu unterscheiden ist in diesem Typus noch einmal zwischen reinen Facharbeitskreisen und Bündnissen, die fast ausschließlich von und für Verwaltung und Politik angelegt sind.

Hier noch einmal zusammengefasst die zentralen Merkmale lokaler Bündnisse gegen Rechtsextremismus:

Lokale Bündnisse gegen Rechtsextremismus

- ➔ umfassen mehrere rechtlich selbstständige Akteur_innen mit verschiedenen Funktionen sowie inhaltlichen und strukturellen Hintergründen (z.B. freie Träger, Verbände, kirchliche Organisationen, Bürger_innengruppen, Einzelpersonen, Verwaltungsmitarbeiter_innen), die ein *gemeinsames Anliegen* verfolgen und gleichberechtigt zusammenarbeiten.
- ➔ bestehen aus *kooperierenden* Akteur_innen mit der gemeinsamen Absicht, mehr zu erreichen als sie einzeln dazu imstande wären.
- ➔ basieren in der Regel auf *freiwilliger Teilnahme und Eigenmotivation*.
- ➔ basieren auf *Kommunikation*. Sie dienen dem Austausch von Informationen, als Ideenbörse, als Diskussionsplattform, als Austragungsort von Konflikten.
- ➔ sind *heterogen* hinsichtlich ihrer Organisationsform und Zusammensetzung.

03 Aufbau eines lokalen Bündnisse

1. Initiativgruppe bilden

Am Anfang steht meist eine kleine Gruppe von Menschen, die auf ein bestimmtes Ereignis reagieren will, z.B. eine von Rechtsextremen angemeldete Demonstration. Sie stellen fest, dass sie alleine nicht viel erreichen können und begeben sich auf die Suche nach Mitstreiter_innen.

Doppelstrukturen vermeiden!

Bevor Sie mit der Gründung eines neuen Bündnisses beginnen, fragen Sie sich zunächst, ob es in Ihrer Kommune oder näheren Region eventuell schon ein Netzwerk gibt, das sich mit den gleichen oder ähnlichen Fragestellungen befasst. Denn Doppelstrukturen haben meist keine große Lebensdauer, weil häufig die gleichen Personen in mehreren Gremien sitzen und somit Zeit und Kräfte verloren gehen.

Auch Aktionsbündnisse gegen Gewalt, Runde Tische o.ä. zum Thema Migration, Präventionskreise u.a.m. können geeignete Netzwerke für das Thema Rechtsextremismus in der Kommune sein. Wesentlich ist das inhaltliche Interesse (und nicht nur Tolerieren) des Themas sowie eine geteilte Problemwahrnehmung.

Haben Sie in Ihrer Region vielversprechende Strukturen ausfindig gemacht, wenden Sie sich an diese und finden Sie heraus, ob sie offen für Ihre Themen und Ziele sind.



Fragen im Vorfeld:

- ➔ Wer teilt meine/unsere Problemsicht?
- ➔ Wer kann am wirkungsvollsten bei der Erreichung der anvisierten Ziele helfen?
- ➔ Wen kenne ich, der auch Interesse daran hat, etwas zu verändern?
- ➔ Wer hat Fachwissen oder Erfahrung in der Netzwerkarbeit?
- ➔ Wer kann helfen, eine möglichst große Öffentlichkeit herzustellen?
- ➔ Wer kann Finanzen, Räume oder andere Infrastruktur einbringen?
- ➔ Wer hat gute Kontakte?
- ➔ Wer hat ausreichend Interesse, Fähigkeiten und Zeit, um die Fäden in die Hand zu nehmen? (unbedingt mehr als eine Person!)
- ➔ Wie groß soll das Bündnis/ Netzwerk sein? (klein und wendig bzw. groß und repräsentativ?)
- ➔ Wie heterogen sollte ein erfolgreiches Bündnis aufgestellt sein?

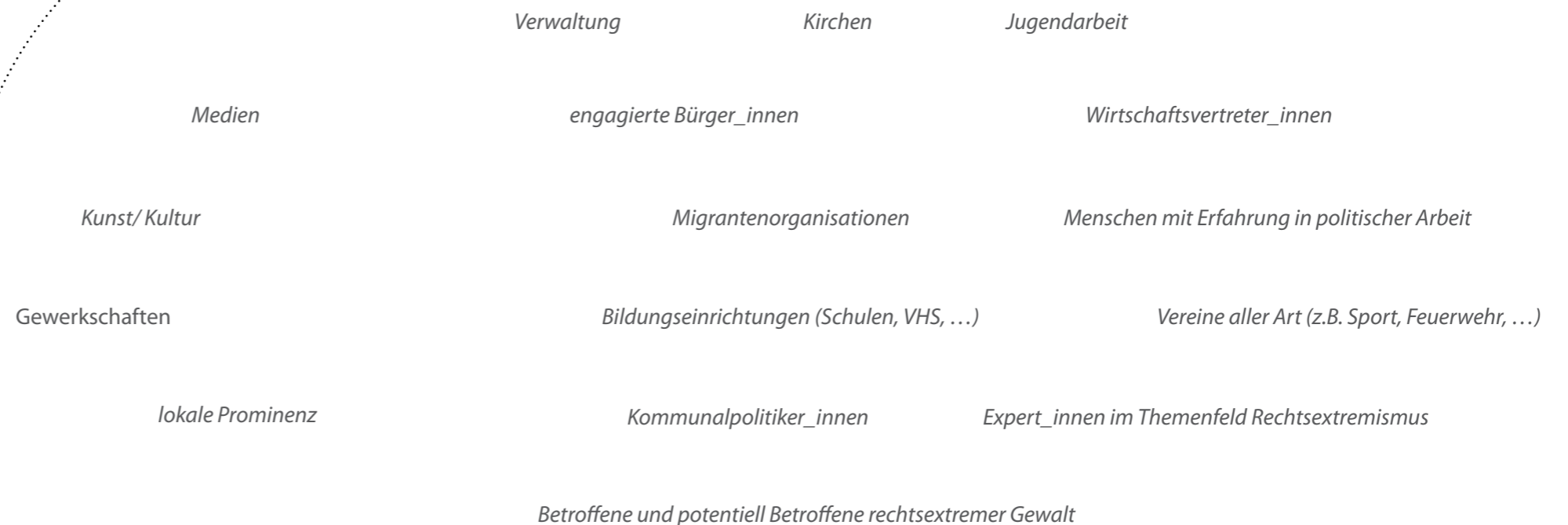
2. Wer macht mit?

Wenn Sie sich auf die Suche nach geeigneten Mitstreiter_innen für Ihr Bündnis begeben, stellen Sie sich zunächst die Frage, wer ein Interesse an der Existenz eines solchen Bündnisses hat. Das können Menschen sein, die potentiell von rechtsextremen Übergriffen bedroht oder die an einer demokratischen Kultur in ihrem Ort interessiert sind. Fragen Sie sich weiterhin, wer Ihr Bündnis unterstützen könnte. Hilfreich sind z.B. Unterstützer_innen, die ein hohes öffentliches Ansehen in der Region genießen. Die Grundregel lautet: Je mehr unterschiedliche Menschen in das Bündnis einbezogen sind, desto besser kann es wirken. Dabei sollte aber in jedem Fall **Klarheit hinsichtlich gemeinsamer Problemanalysen und Anliegen** der Bündnisarbeit bestehen.

Die Zusammensetzung eines Bündnisses ist abhängig von den Akteur_innen, die vor Ort existieren und für ein konkretes Anliegen ansprechbar sind. Beispiele für mögliche Akteur_innengruppen, die Sie für Ihre Arbeit ansprechen können, finden Sie in diesem Abschnitt weiter unten.

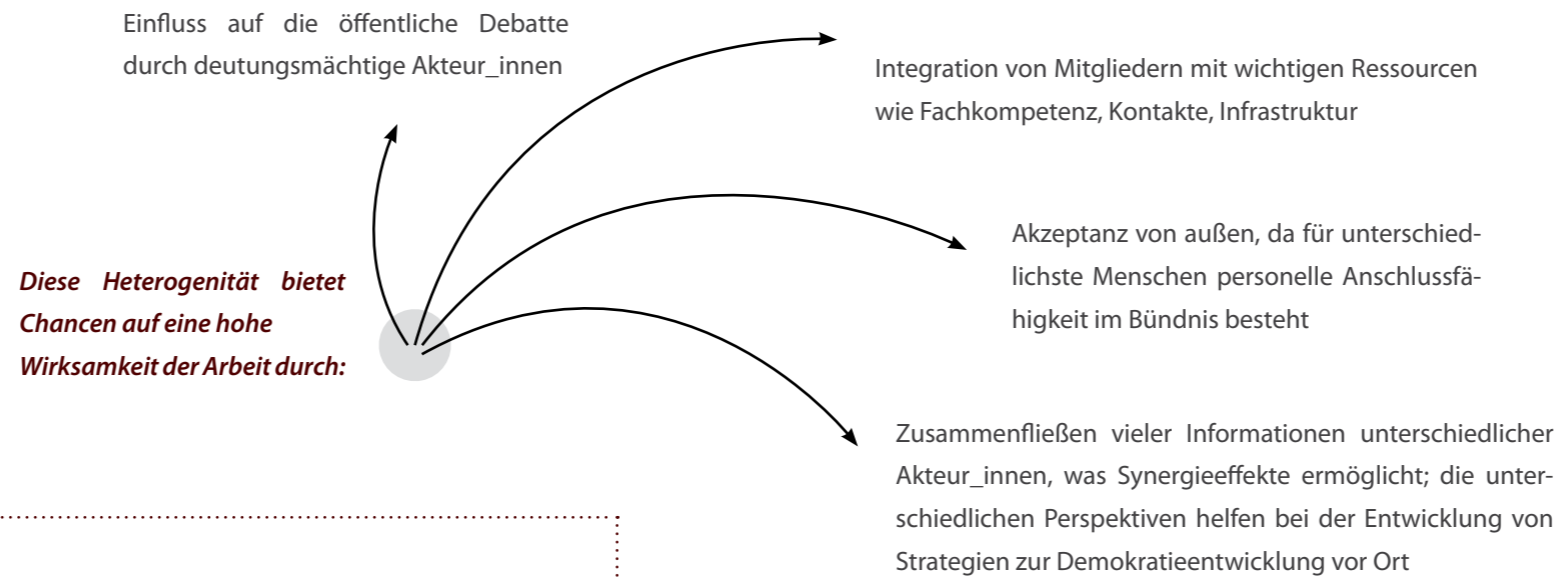


Überlegen Sie, wen Sie für die Mitarbeit ansprechen können. Diese Liste kann Ihnen Anregungen geben. Sie müssen nicht Vertreter_innen aus all diesen Akteur_innengruppen in Ihren Reihen haben, aber einige könnten vielleicht hilfreich sein.



Vorteile eines breit aufgestellten Bündnisses:

Ein lebendiges Bündnis profitiert von einer breiten Beteiligung unterschiedlicher Menschen, die ihre Sichtweisen, Anregungen und Ressourcen einbringen. Vom alternativen Jugendlichen über die Pfarrerin und den Buchladeninhaber bis hin zum Stadtratsmitglied.



Voraussetzungen für das Funktionieren eines breit aufgestellten Bündnisses sind:

- eine gemeinsam getragene Problemanalyse
- gegenseitige Akzeptanz trotz aller Unterschiede
- gegenseitige Wertschätzung oder zumindest keine Abwertung
- hohe Toleranzfähigkeit für unterschiedliche Normen, Weltansichten und Unterschiede im Verhalten
- hohe Konfliktfähigkeit, Bereitschaft zu konstruktiver Auseinandersetzung

Bei einem heterogenen Bündnis „[...] entfaltet sich das Engagement arbeitsteilig nach individuellen Ressourcen und bleibt orientiert an Effektivität auf der Handlungsebene“ (Palloks/ Steil 2008: 75).

3. Rollenklärung

Wichtig für die Kooperation ist auch die Rollenklarheit der Akteur_innen, die mehrere Funktionen inne haben. In welcher Rolle beteiligt sich z.B. die Stadträtin, die zugleich Vorsitzende eines örtlichen Sportvereins und außerdem besorgte Mutter ist, im Bündnis? Spricht der Mitarbeiter eines Unternehmens nur für sich oder auch für das Unternehmen? Für beide Seiten, das Bündnis und die einzelnen Akteur_innen selbst, ist es wichtig, Klarheit über ihre jeweilige Motivation und Rolle in der Bündnisarbeit zu haben.

Im folgenden Abschnitt werden unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen mit ihren möglichen Rollen für die Bündnisarbeit näher beleuchtet.

Rolle der engagierten Bürger_innen:

Zivilgesellschaftliches Engagement ist Ausdruck gelebter Demokratie. Bürger_innen zeigen, dass sie menschenverachtende Ideologien ablehnen und setzen Zeichen gegen das große Zustimmungspotential zu rechtspopulistischen und rassistischen Positionen in der Gesellschaft. Motor ihres Engagements sind persönliche Überzeugungen, teilweise persönliche Betroffenheitserfahrungen und daraus resultierend eine hohe Eigenmotivation. Für ihr Engagement opfern sie Zeit, Geld und riskieren Unverständnis im Familien- und Bekanntenkreis sowie Anfeindungen oder gar Angriffe von Gegner_innen ihrer Positionen.

Rolle der Kommunalverwaltung:

Die Kommunalverwaltung kann ein wichtiger Bündnispartner sein. Gerade hinsichtlich der Aktionsplanungen ist eine enge Zusammenarbeit hilfreich. Sie können schon frühzeitig administrative Hürden abbauen, die

Aktionen im öffentlichen Raum eventuell im Weg stehen. Zu beachten ist, dass Verwaltungsakteur_innen meistens aus ihrer Rollenlogik heraus handeln, die sich von der Sichtweise der Zivilgesellschaft unterscheidet. Auch

hier kann eine Trennung zwischen Amt und Person in der Mitgliedschaft sinnvoll sein. Manche Bündnisse nehmen die Kommunalverwaltung nicht als offizielles Mitglied auf, sondern arbeiten lediglich mit ihr zusammen.



Rollenklärung

C

Rolle der Politik

Parteienvertreter_innen sind oft regional gut vernetzte Personen, die über gewisse Einflussmöglichkeiten verfügen. Sie können im Zuge ihrer persönlichen Deutungsmächtigkeit für die Arbeit des Bündnisses wertvoll sein. Um der Gefahr einer einseitig parteipolitischen Färbung des Bündnisses zu entgehen, gibt es die Möglichkeit, Vertreter_innen aller demokratischen Parteien in das Bündnis aufzunehmen, oder aber zu empfehlen, dass die Mandatsträger_innen dem Bündnis als Einzelpersonen und nicht als Parteienvertreter_innen beitreten. Diese Rollenklärung kann vor allem bei politischen Auseinandersetzungen des Bündnisses mit dem Rechtsextremismus von Bedeutung sein und es empfiehlt sich, diese für alle Beteiligten zu Beginn der Zusammenarbeit zu klären.

D

Rolle der „Berufsakteur_innen“

Mit Berufsakteur_innen sind die „Professionellen“ gemeint, die in ihren Organisationen mit Präventionsarbeit und Demokratiebildung befasst sind. Das können beispielsweise Träger politischer Bildungsarbeit, Gewerkschaften, Jugendverbände u.a. sein. Ihnen gemeinsam ist, dass sie durch ihre vorhandenen Ressourcen (fachliches Know-how, Einflussmöglichkeiten, Vernetzungsstrukturen, Wirkungsmacht, materielle Ressourcen etc.) zum Erfolg der Bündnisarbeit beitragen können. Zudem sind die Informationswege zwischen den Berufsakteur_innen meist kurz („man kennt sich“) und die jeweiligen Handlungskompetenzen können effektiv genutzt werden. Diese Vorteile von Berufsakteur_innen in der Bündnisarbeit könnten sich aber gleichzeitig auch als Barrieren für engagierte Laien erweisen. Palloks/ Steil beschreiben diese möglichen Barrieren damit, dass „die ‚Fachsprache‘ der Berufsgruppen, die vorstrukturierten Wege der Entscheidungsfindung und die faktische Hierarchie“ (Palloks/Steil 2008: 84) auch abschreckend auf das Laienengagement wirken können. Die Frage der Beteiligung und gleichberechtigten Zusammenarbeit in einem heterogenen Bündnis sollte daher nicht ausgeblendet, sondern thematisiert und bearbeitet werden.

E

Rolle der Polizei

Eine Kooperation mit der Polizei kann für lokale Bündnisse gegen Rechtsextremismus hilfreich sein. Die Polizei kann zum einen über die Gesetzeslage informieren und hat möglicherweise auch Kenntnis über die regionale rechtsextreme Szene. Auch hier stellt sich die Frage: Mitgliedschaft oder Kooperation? In einigen Bündnissen gegen Rechtsextremismus sind auch Polizeibeamt_innen fester Bestandteil der Netzwerkstruktur. Durch ihre klare Rolle als ausführendes Organ des staatlichen Gewaltmonopols sind sie für die Einhaltung der Gesetze und auch für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verantwortlich, aber eben auch für die Durchsetzung der Versammlungsfreiheit - auch für Neonazis. Damit hat die Polizei eine deutlich andere Rolle als die Zivilgesellschaft, die politisch agiert und die Verbreitung rechtsextremen Gedankenguts verhindern will. Ein Rollenkonflikt ist somit vorprogrammiert. Eine gute Lösung kann eine Kooperation zwischen Polizei und lokalem Bündnis sein, die aber auf die Mitgliedschaft verzichtet. So behalten Zivilgesellschaft und staatliche Organe ihre Rollen und ihren Wirkungsbereich, können aber durch die Kooperation durchaus voneinander profitieren.

... Kapitel Versammlungsrecht

F

Rolle autonomer Gruppierungen

Die Vertreter_innen autonomer oder antifaschistischer Gruppen treten oft sehr vehement für ein energisches Vorgehen gegen rechtsextreme Strukturen und Akteur_innen ein. Ihre Nonkonformität und hohe Kritikbereitschaft, bei Einzelnen auch die fehlende Ablehnung von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung, wirken dabei oft konfrontativ und führen bei einigen Akteur_innen zur Ablehnung dieser Gruppen. Vielerorts wird ihnen unterstellt, dass sie weniger die konstruktive Debatte suchen als vielmehr die „Aktion“ in den Vordergrund rücken. Auch wenn es für viele anstrengend und unnötig erscheint: Eine Auseinandersetzung über bestehende Konflikte und unterschiedliche Vorstellungen ist wichtig und richtig. Auch sollte die gegenseitige Befremdung nicht davon abhalten, sich mit der inhaltlichen Argumentation der jeweils anderen Seite ernsthaft auseinanderzusetzen. Dabei ist es allerdings unabdingbar, dass sich alle Beteiligten an einmal getroffene Verabredungen und Kompromisslinien halten und bei allen Aktionen und Projekten Gewaltfreiheit und die Zustimmung zu demokratischem Denken und Handeln zu Grunde liegt. Zu einem „Mehr an Demokratie“ in einer Bündnisstruktur trägt es auf jeden Fall bei.

4. Ansprache potenzieller Bündnismitglieder

Die Initiativgruppe sollte sich einigen, welche potenziellen Bündnismitglieder angesprochen werden sollen. Eine direkte Ansprache hat dabei die größten Erfolgsaussichten, auch wenn die persönliche Motivierung zur Mitarbeit Zeit kostet. Betrachten Sie dies als sinnvolle Investition in die Zukunft! (vgl. Strobl/ Würtz/ Klemm 2003: 40)

Bei der Ansprache sollten Sie die zentralen Argumente für eine Mitarbeit der gewünschten Partner_innen im Bündnis benennen können. Diese Argumente sollten die Perspektive des potenziellen Bündnispartners einbeziehen: Warum könnte die Mitgliedschaft im Bündnis für diese Person oder Organisation wichtig sein? Umgekehrt sollte auch die Bedeutung dieses Partners für die Bündnis betont werden: „Ihr Wort hat besonderes Gewicht bei .../ Die Perspektive Ihres Vereins ist uns wichtig/ ...“.



Wer um das Engagement in einem lokalen Bündnis angefragt wird, stellt sich vermutlich folgende Fragen:

- Was habe ich persönlich davon?
- Was hat meine Organisation davon?
- Welche Nachteile entstehen eventuell?
- Wie viel Zeit wird es kosten?
- Ist so ein Bündnis überhaupt sinnvoll?
- Wer ist noch dabei?



Versuchen Sie im Vorfeld mögliche Antworten zu finden, um auf solche Fragen vorbereitet zu sein. Versuchen Sie aber nicht, jemanden zu überreden, denn das hat selten eine langfristige Wirkung. Kommen Sie lieber nach einigen Monaten Bündnisarbeit erneut auf diese Personen zu; vielleicht überzeugen die sichtbar guten Ansätze des Bündnisses!

5. Unterschiedliche Formen des Engagements im Bündnis

Machen Sie sich bewusst, dass nicht alle (potenziellen) Bündnismitglieder die gleichen Vorstellungen hinsichtlich ihres Engagements und ihrer Beteiligung haben. Manche wollen sich stärker einbringen, andere weniger intensiv. Dies sollte im Bündnis anerkannt und entsprechend genutzt werden. Versuchen Sie das Bündnis in „Engagementkreisen“ zu denken:

Am Anfang steht der Initiativkreis (vgl. „Initiativgruppe bilden“ zu Beginn dieses Kapitels). Bei den Gründer_innen des Bündnisses finden sich sehr stark motivierte und i.d.R. sehr aktive Bündnismitglieder. Bei der Ansprache weite-

rer Mitglieder und nach der Gründung kommt der spätere Kern des Bündnisses hinzu (Projektkreis). Diese Mitglieder sind regelmäßig an den Aktivitäten des Bündnisses beteiligt, einige so stark, dass sie zum inneren Kern gehören. Daneben gibt es in jedem Bündnis Akteur_innen, die aufgrund ihrer persönlichen Vorstellungen oder anderer Verpflichtungen nicht für die kontinuierliche Arbeit zu haben sind, sich aber bei bestimmten Aktionen einbinden lassen (Aktionskreis). Dieser ist für eine Breitenwirkung bei öffentlichen Aktionen wichtig, aber auch als Ressourcenpool für Kontakte, Know-how oder

konkrete Unterstützung. Neben den regelmäßig aktiven Mitgliedern sollte das Netzwerk versuchen, einen Pool von Mitstreiter_innen aufzubauen, die für konkrete Einzelaktionen aktiviert werden können.

In diese „Engagementkreise“ lassen sich verschiedene Akteur_innen mit verschiedenen Aufgaben einbinden. Dabei sind die Grenzen zwischen den Kreisen durchaus durchlässig und lassen auch einen Wechsel zu.



6. Problemanalyse

Lokale Bündnisse gegen Rechtsextremismus richten sich meist gegen die öffentliche Präsenz rechtsextremer Gruppen und gegen alle Formen von Alltagsrassismus. Sie bündeln dabei oft ein sehr breites Spektrum von Vertreter_innen unterschiedlicher politischer Ausrichtungen und Weltanschauungen, die im Idealfall eine gemeinsame Problemsicht sowie den Grundkonsens des Bündnisses teilen, aber ansonsten sehr unterschiedliche politische Haltungen vertreten. Diese unterschiedlichen Einstellungen spiegeln sich häufig in einem unterschiedlichen Habitus, Kleidungs- und Sprachstil der Beteiligten wider. Nicht immer sind die Beteiligten in der Lage, über diese Unterschiede hinwegzusehen, es fällt ihnen schwer, eine Kooperation mit Menschen einzugehen, die sie in anderen Fragen als politische Gegner_innen ansehen.

Innerhalb des Bündnisses gilt es, ein Klima zu schaffen, in dem viele Gruppen mit ganz unterschiedlichen Interessenlagen nebeneinander für die gleiche Sache eintreten können. Dabei kann es helfen, sich zunächst über eine von allen geteilte Problemanalyse zu verständigen.

Schwierigkeiten können unklare oder gar differente Vorstellungen hinsichtlich des lokalen Problems und Handlungsbedarfes sein.



Voraussetzung für eine Analyse und Einschätzung konkreter Problemlagen vor Ort ist zunächst eine Sammlung von Informationen über rechtsextreme Aktivitäten, alltagsrassistische Vorkommnisse u.a. im Sozialraum.

Sehr allgemeine Formulierungen, denen sich unterschiedliche Gruppen anschließen können, tragen dazu bei, das eigentliche Problem möglicherweise zu verwässern. Die Herausforderung besteht darin, einen anschlussfähigen, aber gleichzeitig präzisen thematischen Rahmen für die Bündnisarbeit zu finden (vgl. Strobl/Würtz/ Klemm 2003: 43).

Eine Problemanalyse ist kein abschließender Prozess. Vielmehr müssen die Problemsichten in regelmäßigen Abständen überprüft und anhand aktueller lokaler Entwicklungen aktualisiert werden.

7. Zielklärung und -formulierung

Die Unterschiedlichkeit der Mitglieder in Bündnissen gegen Rechtsextremismus bringt auch eine große Spanne an individuellen Zielvorstellungen mit sich. Daher ist es enorm wichtig – insbesondere in der Anfangsphase, aber auch später – immer wieder eine Klärung über die gemeinsame Problemanalyse und Ziele des Bündnisses herzustellen. Ohne eine gemeinsame Zielklärung kann es schnell Konflikte über die Ausrichtung und das Vorgehen im Bündnis geben.

Oftmals verändert und entwickelt sich die Zielsetzung gerade in der Anfangsphase noch. Zu anspruchsvolle Ziele treffen auf die Realität und müssen angepasst werden. Oder der bekundete Wille entspricht inhaltlich nicht dem, was die meisten oder die aktivsten Bündnismitglieder letztlich umsetzen. Für die eigene Standortbestimmung und um sich nach außen positionieren zu können, sollte die Zielsetzung des Bündnisses deshalb in regelmäßigen Abständen auf den Prüfstand gestellt werden, z.B. einmal jährlich. Es liegt dann an der Gruppe selbst, wohin die Reise geht: müssen die Ziele dem Handeln des Bündnisses angepasst werden? Oder stellt man fest, dass man sich im Alltag tatsächlich verlaufen hat und die selbst gesetzten Ziele auf diesem Weg nicht erreichen wird? Dann ist eine Änderung des Vorgehens notwendig.

Beispiel

In einer Kleinstadt kommt es immer wieder zu Übergriffen gegen Migrant_innen und Angehörige nichtrechtlicher Gruppierungen durch Täter_innen aus den Reihen der sogenannten „freien Kräfte“. Gleichzeitig hat sich eine Gaststätte in der Stadt als Veranstaltungsort für rechtsextreme Propaganda etabliert. Die Vertreter_innen einer demokratischen Partei sehen jedoch lange Zeit „kein rechtsextremes Problem“, sondern einen Schaden für das Ansehen der Stadt aufgrund des öffentlichen Thematisierens dieser Vorkommnisse durch antifaschistische Gruppen. In einem durch kommunale Verantwortliche initiierten „Bündnis für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“ sitzt schließlich auch ein Stadtratsmitglied der NPD.



In lokalen Bündnissen, in denen Menschen sich ja gemeinsam für bzw. gegen etwas engagieren, sollte ein Grundkonsens hinsichtlich folgender Fragen bestehen:



Empfehlungen zur Zielklärung:

- ➔ Schaffen Sie zunächst eine gemeinsame Wissensbasis der Beteiligten, z.B. durch eine gemeinsame Problemanalyse und -beschreibung. Aus den beschriebenen Problemlagen leiten sich die Ziele fast automatisch ab.
- ➔ Überfordern Sie sich nicht! Formulieren Sie Ziele, die Sie auch erreichen können.
- ➔ Es müssen nicht alle exakt die gleichen (Teil-)Ziele haben. Man kann in einem Bündnis mit genug Mitgliedern auch unterschiedliche Schwerpunkte verfolgen. Die Ziele sollten sich allerdings nicht widersprechen.
- ➔ Unterscheiden Sie zwischen Zielen und konkreten Maßnahmen. Entwickeln Sie Vorhaben, die zu Ihren Zielen passen.
- ➔ Holen Sie nach einiger Zeit Ihre anfangs formulierten Ziele wieder hervor und überprüfen Sie, ob sich etwas verändert hat. Stimmt das Verhalten des Bündnisses mit den vereinbarten Zielen überein? Wenn nicht, was sollte sich ändern: das Verhalten oder die Ziele?
- ➔ Passen Sie Ihre Öffentlichkeitsarbeit und Ihre Vorhaben den aktuellen Zielen an.

Aus den gemeinsamen Zielen ergeben sich dann die Handlungsfelder des Bündnisses.

Der Nutzen der Zielformulierungen liegt darin:

- **Motivation** zu erzeugen
- **Klarheit** zu gewinnen: was wollen wir leisten, und was nicht?
- **gemeinsames Handeln** zu sichern
- die **Wirksamkeit** des eigenen Handelns zu sichern

Motivation

Bei der Zielformulierung werden sehr stark Werte und Grundfragen des Zusammenlebens berührt. Die Besinnung auf das, was hinter den meist unreflektierten Handlungen steht, stärkt die Motivation, sich für diese gute Sache einzusetzen.

Klarheit

Klare, vermittelbare Zielsetzungen sind für den Erfolg eines jeden lokalen Bündnisses von großer Bedeutung. Klare Ziele verhindern Unstimmigkeiten, da die Beteiligten miteinander geklärt haben, wo ihre Gemeinsamkeiten liegen und wohin die gemeinsame Reise gehen soll.

Wirksamkeit überprüfen

Nur wer die eigenen Ziele formuliert, kann nach einer Handlung auch prüfen, ob die angestrebten Wirkungen erreicht wurden. Nicht untypisch ist, dass in der ersten Gründungseuphorie recht hochfliegende Ziele formuliert werden, die später nur schwer einzuhalten sind. Also Vorsicht mit allzu großen oder unrealistischen Plänen, die das Bündnis leicht überfordern und zu Frustrationen führen können! Schnell schlägt die Anfangseuphorie in Resignation um, wenn die Bündnismitglieder feststellen, dass die selbst gesteckten Ziele nicht erreicht werden können.

Gemeinsames Handeln


Zielfindung und Zielklärung schaffen für alle Bündnismitglieder ein gemeinsames Verständnis der Ausrichtung und geben so Orientierung. Gibt es keine gemeinsamen Ziele, wird jeder automatisch seine eigenen Ziele verfolgen. Unter Umständen zieht dann jeder in eine andere Richtung.

8. Gründung des Bündnisses

Wenn Sie alle grundlegenden Fragen über das Bündnis (Wer? Wozu? Wohin? Wie? ...) klären konnten und sich genug Gründungsmitglieder gefunden haben, wird es Zeit, das Bündnis in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Zur Gründung eines Bündnisses, wenn eine breite regionale Öffentlichkeit erreicht werden soll, bietet es sich an, eine öffentlichkeitswirksame Veranstaltung zu organisieren.

Kern der Gründungsveranstaltung ist die feierliche Unterzeichnung der Gründungserklärung aller Gründer_innen an einem wichtigen Ort der Gemeinde. Diese Gründungserklärung sollte die Ziele des Bündnisses überzeugend transportieren und zum Mitmachen motivieren. Außerdem kann die Gründungsveranstaltung durch zusätzliche Elemente erweitert werden, die Passant_innen aufmerksam machen oder für die Presse ein geeignetes Bildmotiv abgeben.

Die Gründungsveranstaltung setzt einen klaren Beginn für das Bündnis und bietet die Chance zur Bekanntgabe vom Namen, den Zielen, Aufgaben und den Kontaktmöglichkeiten des Bündnisses.

( Kapitel 06 – Öffentlichkeitsarbeit)

04 Unterschiedliche Arbeitsformen lokaler Bündnisse

Jedes Bündnis muss für sich eine passende Organisationsform finden, die den eigenen Ansprüchen an Handlungsfähigkeit, inhaltlicher Auseinandersetzung und Zusammenarbeit entspricht. Dabei muss die Balance zwischen Wollen und Können, zwischen den eigenen Ansprüchen und der tatsächlichen Leistungsfähigkeit der Mitglieder gewahrt bleiben.

Unterschiedliche Organisationsformen finden sich hinsichtlich:

Regelmäßigkeit der Treffen

Arbeitsteilung

Mitgliedschaft

Beteiligungsstrukturen

Kommunikation im Bündnis

Koordinierung/ Leitung des Bündnisses

Regelmäßigkeit der Treffen

Eine übliche Regelung in lokalen Bündnissen gegen Rechtsextremismus sind regelmäßig stattfindende Treffen des gesamten Bündnisses, z.B. alle zwei Monate.

Es gibt aber auch Bündnisse, die sich nur bedarfsabhängig treffen, z.B. bei einer bevorstehenden Nazi-Aktion. In den Phasen zwischen diesen (reagierenden) Aktivitäten ruht die aktive Arbeit und besteht lediglich aus einer Kommunikationsstruktur, die bei Bedarf sehr schnell aktiviert werden kann und viele Personen erreicht.

Bei größeren Bündnissen, die kontinuierlich arbeiten, werden häufig Arbeitsgruppen gebildet, die sich regelmäßig treffen. Das gesamte Bündnis kommt dann nur in größeren Abständen zusammen, z.B. einmal jährlich. Um die Vernetzung der Arbeitsgruppen untereinander zu gewährleisten, treffen sich aber Vertreter_innen aus den Arbeitsgruppen in einem bestimmten Rhythmus. Sie bilden häufig eine Art Koordinierungsgremium des Bündnisses.



Arbeitsgruppen

Solange das Bündnis weniger als ca. 15-20 aktive Mitglieder umfasst, sind regelmäßige Treffen in der Gesamtgruppe sinnvoll.

Bei vielen Mitgliedern sowie unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten und Vorlieben kann eine Aufteilung in kontinuierlich arbeitende thematische Arbeitsgruppen sinnvoll sein. Treffen des gesamten Bündnisses werden dann seltener durchgeführt, da die eigentliche Arbeit in den Untergruppen erfolgt. Die Gesamttreffen dienen der gegenseitigen Information und bieten Raum für übergreifende Diskussionen.

Bei der Untergliederung des Bündnisses in Arbeitsgruppen ist die regelmäßige gegenseitige Information und Transparenz über die Arbeit in den Gruppen wichtig, damit trotz der unterschiedlichen Fokussierungen Chancen für das Anknüpfen an die Themen der anderen Gruppen bestehen. Damit die Arbeitsgruppen nicht aus dem Blickfeld des Gesamtbündnisses geraten, sollten sie regelmäßig Kurzinformationen über ihre aktuellen Aktivitäten an das Bündnis schicken.

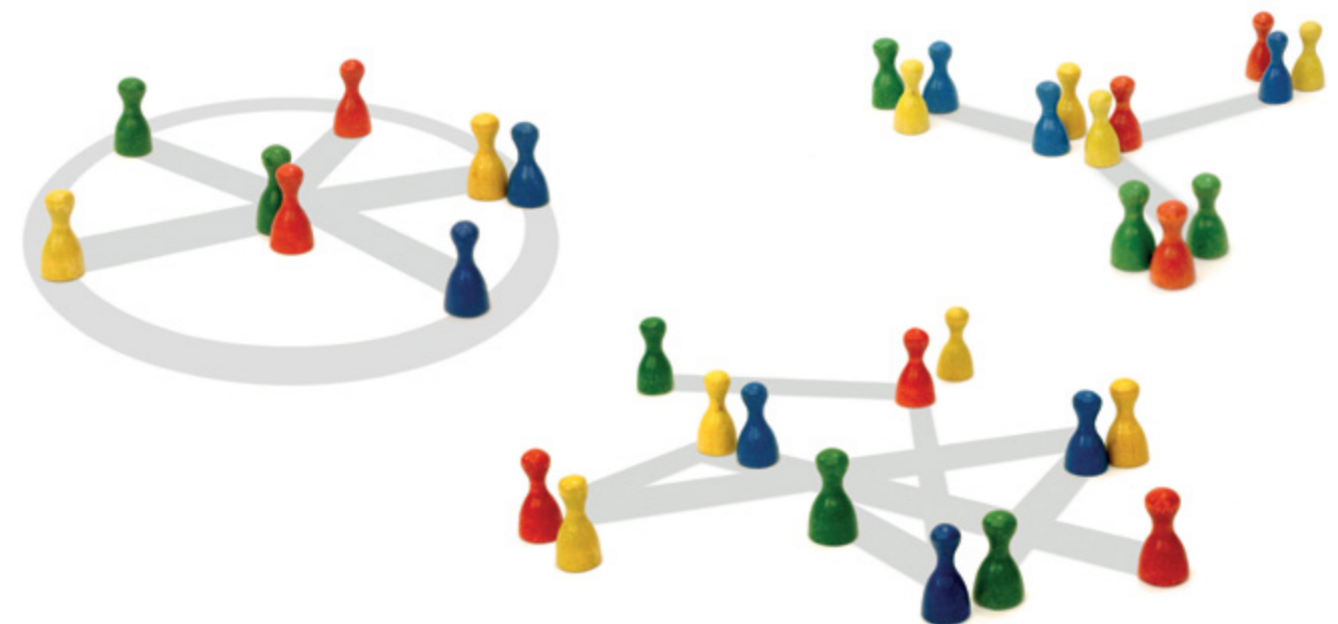
Beteiligungsstrukturen

Das Engagement in einem lokalen Bündnis gegen Rechtsextremismus ist Ausdruck gelebter Demokratie. Für das Selbstverständnis der meisten Engagierten ist es daher unabdingbar, dass sich die Ideale, die sie nach außen vertreten, auch im Bündnis wiederfinden. Nur entpuppt sich die selbstverständliche Beteiligung aller beim näheren Hinsehen doch manchmal als nicht gerade gleichberechtigt. Jugendliche fühlen sich nicht selten eingeschüchtert von den erfahrenen „Profis“ in der Runde und trauen sich nicht, ihre Meinung

zu äußern. Die „Alten Hasen“ sind schon so geübt in ihren Rollen als Meinungsführer_innen und tatkräftige Aktivist_innen, dass ihnen gar nicht auffällt, dass sie anderen keinen Raum mehr lassen. Oder Bündnissitzungen verlaufen schlicht so monoton, dass sich keine anregende Atmosphäre entwickelt, in der Ideen entstehen, kontrovers und produktiv diskutiert wird und konkrete Vorhaben geplant werden.


Darunter leidet letztlich auch die Motivation der (Un-)Beteiligten und

damit leider auch die Qualität der Bündnisarbeit. Denn ein Handeln, das auf den Sichtweisen und Meinungen von nur wenigen basiert, ist selten so gut wie ein Vorhaben, bei dem von Beginn an viele unterschiedliche Sichtweisen beteiligt waren. Mehr Köpfe haben mehr Ideen, und eine Entscheidung, die von vielen mitgetragen wird, ist eine solide Basis für ein erfolgreiches Vorgehen.





Wie beteiligen wir möglichst viele an der Bündnisarbeit?

- ➔ Die wesentliche Erkenntnis ist, dass die wichtigsten Schritte der Bündnisarbeit gemeinsam erfolgen müssen, denn durch eine Beteiligung von Beginn an entsteht Motivation für die weitere Mitarbeit.
- ➔ Konkret heißt das: Alle Bündnismitglieder sollten in den verschiedenen Planungsstadien die Gelegenheit erhalten, mitzureden und ihre eigenen Gedanken einzubringen. Das betrifft schon den ersten Schritt, die Themensetzung: Was brennt heute auf den Nägeln? Wollen wir vor allem über die jüngsten Aktivitäten der Neonazis sprechen oder darüber, wie wir unsere Kooperation mit der Stadt verbessern können? Oder gibt es noch weitere Themen, die Einzelne mit sich herumtragen? So sollte auch am Anfang jedes Bündnistreffens immer die Runde nach weiteren Themen gefragt werden, die sie einbringen und besprechen möchten. Wenn nur die Bündnisleitung die Inhalte der Sitzungen bestimmt, besteht die Gefahr, dass wichtige Themen übersehen werden.
- ➔ Voraussetzung für die Beteiligung ist der Zugang zu allen Informationen für die Bündnismitglieder und Transparenz im Vorgehen (Verteiler regelmäßig überprüfen, wichtige Dokumente und Informationen an alle senden!).
- ➔ Geeignete Methoden für die Beteiligung finden sich im  Handwerkskasten.



Mitgliedschaft und Regelungen im Bündnis

Bei einem Bündnis gegen Rechtsextremismus handelt es sich um einen freiwilligen Zusammenschluss verschiedener Akteur_innen, die rechtsextreme Strukturen oder Ereignisse in ihrer Region wahrnehmen und diese Situation verändern möchten. Doch auch wenn der Zusammenschluss freiwillig ist,

erleichtern verschiedene Regeln das gemeinschaftliche Arbeiten. Wie diese Regeln festgehalten werden, variiert von Bündnis zu Bündnis. Die Modelle reichen von einem nonverbalen Verhaltenskodex bis hin zu einer ausformulierten Geschäftsordnung, die das innere Selbstverständnis der Gruppe

sowie die Vereinbarungen zur Arbeitsweise enthält. Eine Beispiel-Geschäftsordnung ist dem Handwerkskasten dieses Handbuchs beigelegt. Eine Mitgliedschaft kann mehr oder weniger formell ausgestaltet sein. Im einfachsten Fall wird der Name mit auf die Einladungsliste gesetzt, und schon ist eine weitere Person Mitglied im Bündnis. Einige Bündnisse beraten und entscheiden im Plenum über einen mündlichen oder schriftlichen Aufnahmeantrag, oder ein Koordinierungsgremium entscheidet. Der Vorteil dieses Vorgehens ist, dass niemand ungeprüft in die Reihen des Bündnisses aufgenommen wird und sich dabei Vertreter_innen in das Bündnis einschleichen können, die dem Bündnisgedanken fern stehen. Andererseits wird durch die formelle Aufnahme möglicherweise eine psychologische Barriere errichtet, so dass auf die Formalie vielleicht verzichtet werden kann, eine „Prüfung“ neuer Interessent_innen aber dennoch wichtig ist.

Relevante Fragen an dieser Stelle können sein:

- Wer entscheidet über die Mitgliedschaft?
- Auf welcher Grundlage wird entschieden?
- Können Mitglieder auch wieder ausgeschlossen werden?

Fixierte Regeln für die Aufnahme von Neumitgliedern sind auf jeden Fall empfehlenswert. Bei besonders großen Bündnissen kann es passieren, dass durch die Pluralität der Akteur_innen die Transparenz ihrer Hintergründe verloren geht. Aber auch kleine Bündnisse sind nicht gefeit vor einem unbemerkten Einschleichen von rechtsextremen Akteur_innen. Es sollte daher ebenso klar beschrieben sein, wer in den Reihen des Bündnisses definitiv unerwünscht ist. Analog zur Mitgliederaufnahme sollten auch Regeln für

den Ausschluss feststehen. Bei der Mitgliedschaft von Organisationen im Bündnis sollte klar geregelt werden, dass der oder die Vertreter_in tatsächlich für die Organisation im Bündnis ist und auch Ergebnisse oder Fragestellungen zurückspiegelt, so dass die Bündnisarbeit in die Mitgliedsorganisationen hineinwirkt.

Kommunikation im Bündnis

Die Kommunikation der Bündnismitglieder untereinander ist die Basis einer fruchtbaren Zusammenarbeit. Man argumentiert, diskutiert, handelt aus, einigt sich, trifft Absprachen usw. Sehr verschieden sind allerdings die Kommunikationswege und -weisen. Damit Menschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen und Funktionen erfolgreich miteinander kommunizieren können, müssen sie dies in einer Sprache tun, die alle Beteiligten verstehen (vgl. Palloks/ Steil 2008: 27). Dazu gehört das Gespräch auf Augenhöhe und eine Kommunikationskultur, die einen Austausch ermöglicht und offene Konfliktaustragung zulässt.

Auch die Frage nach den Gelegenheiten der Kommunikation ist nicht zu unterschätzen:

Die häufigsten Kommunikationsformen in lokalen Bündnissen gegen Rechtsextremismus sind persönliche Treffen. Dazu kommen meistens Rundmails über einen E-Mail-Verteiler, der alle Mitglieder und Interessent_innen enthält.

Das Bündnistreffen

Das wichtigste Bindeglied für die meisten Mitglieder lokaler Bündnisse sind die Bündnis- bzw. Arbeitsgruppentreffen. Hier werden nicht nur aktuelle Probleme debattiert und Strategien entwickelt, hier entstehen auch persönliche Bekanntschaften.

Diese direkten Begegnungen sind nicht zu unterschätzen, denn die persönliche Begegnung ermöglicht eine intensive inhaltliche Auseinandersetzung, wirkt vertrauensfördernd, stärkt die Motivation der Einzelnen durch die persönlichen Kontakte, bietet auch die Möglichkeit zu informelle Gesprächen und bringt oft die kreativsten Ideen hervor.

Insbesondere im Konfliktfall bietet die direkte Kommunikation die besten Chancen auf Verständigung.

Eine Checkliste zur Vorbereitung einer Bündnissitzung finden Sie im ☒ im Handwerkskasten dieses Handbuchs.

Das Protokoll: Informiert und motiviert

Für diejenigen, die nicht an allen regelmäßigen Treffen teilnehmen können, sind Informationen über das Geschehen im Bündnis wichtig. Die Verbreitung dieser Informationen kann über Protokolle erfolgen, die nicht zu lang sein sollten, die aber dennoch alle wesentlichen Beschlüsse enthalten und bedeutsame Diskussionen benennen.

So bleiben auch diejenigen informiert, die nicht zu allen Sitzungen kommen können. Werden Protokolle per E-Mail verschickt, können bereits die wichtigsten Punkte im Mailtext lesefreundlich zusammengefasst werden. So können alle verfolgen, was bei den Bündnistreffen geschieht und auch ihre Ideen auf kurzem Weg einbringen.

Bedenken Sie dabei, dass manchmal nicht alle Informationen für alle Mitglieder im Bündnis gleichermaßen spannend sind. Es kann in einigen Fällen genügen, zusätzlich kleinere Verteiler einzurichten, die nur einen Teil des Bündnisses erfassen.



Moderation im Bündnis

Unter Moderation versteht man die Sitzungsleitung. Der/ Die Moderator_in ist verantwortlich für die inhaltliche Vorbereitung und den optimalen Verlauf der Sitzung, sorgt aber nicht unbedingt selbst für die Inhalte während der Sitzung. Aufgabe der Moderation ist die Steuerung des Gruppenprozesses, so dass die Sitzung produktiv und zielorientiert verläuft und alle vorhandenen Kompetenzen und Meinungen einbezogen werden. Es bedeutet NICHT, selbst Antworten auf alle wichtigen Fragen zu geben. Es bedeutet, die Gruppe durch gemeinsame Diskussionen zu gemeinsamen Antworten auf ihre Fragen zu bringen.

Die Arbeit wird so effizienter und befriedigender. Dies sind wichtige Faktoren für Ehrenamtliche, die ihre Freizeit für diese Aufgabe zur Verfügung stellen, und für die die Bündnisarbeit oft eine zusätzliche Aufgabe unter anderen ist.



Was passiert ohne Moderation?

Eine Sitzung, die ohne Moderation durchgeführt wird, kann sehr leicht genervte Teilnehmer_innen zurücklassen. Es kann passieren, dass sich niemand an die Tagesordnung hält und sich die Anwesenden eher in der Diskussion von Problemen verstricken als lösungsorientiert zu arbeiten. Ohne eine Moderation kommen manche Teilnehmer_innen kaum noch zu Wort, während andere die Sitzung dominieren. Die Gruppendynamik wird gänzlich sich selbst überlassen, was bei besonders heterogenen Bündnisstrukturen sehr schnell zum Konflikt führen kann. In solchen Fällen ist es dann häufig so, dass nicht das Beste, sondern das lauteste Argument Gehör findet.

E-Mail-Verteiler

Für eine schnelle Kommunikation in allen Fällen, aber insbesondere bei dringendem Handlungsbedarf, bietet sich ein E-Mail-Verteiler an, in dem alle Adressen der Bündnismitglieder gespeichert sind. Für Aktionen, an denen viele Menschen beteiligt werden sollen, kann ggf. ein erweiterter Bündnisverteiler eingerichtet werden, z.B. für Kundgebungen. So ist auch eine kurzfristige Mobilisierung möglich. Datensicherheit ist für viele ein wichtiges Gut. Gerade bei einem sensiblen Thema wie „Rechtsextremismus“ sollten bei Nachrichten, die an einen großen Verteiler gehen, die Empfänger_innen nicht offen und für alle lesbar, sondern unsichtbar als „blind copy“ im Bcc-Feld eingetragen werden.

Eine wichtige Frage, die im Zusammenhang mit der Koordination/Leitung des Bündnisses geklärt werden sollte, ist die Dauer der Funktionsübernahme. In manchen Bündnissen wird eher auf die Erfahrungen einzelner Mitglieder gesetzt, die ihre Aufgaben sehr lange innehaben. Das hat den Vorteil großer Routine, aber den Nachteil, dass sich schwerer Nachfolger_innen finden lassen. Bestimmte Aufgaben sind dann unter Umständen so fest mit einer Person verbunden, dass sich niemand sonst diese Rolle vorstellen kann. Andere Bündnisse nutzen das Rotationsprinzip, so dass z.B. die Leitung von Sitzungen oder das Amt der Bündnissprecher_in nach einer festgelegten Zeit wechseln.

Aufgaben der Bündnisleitung

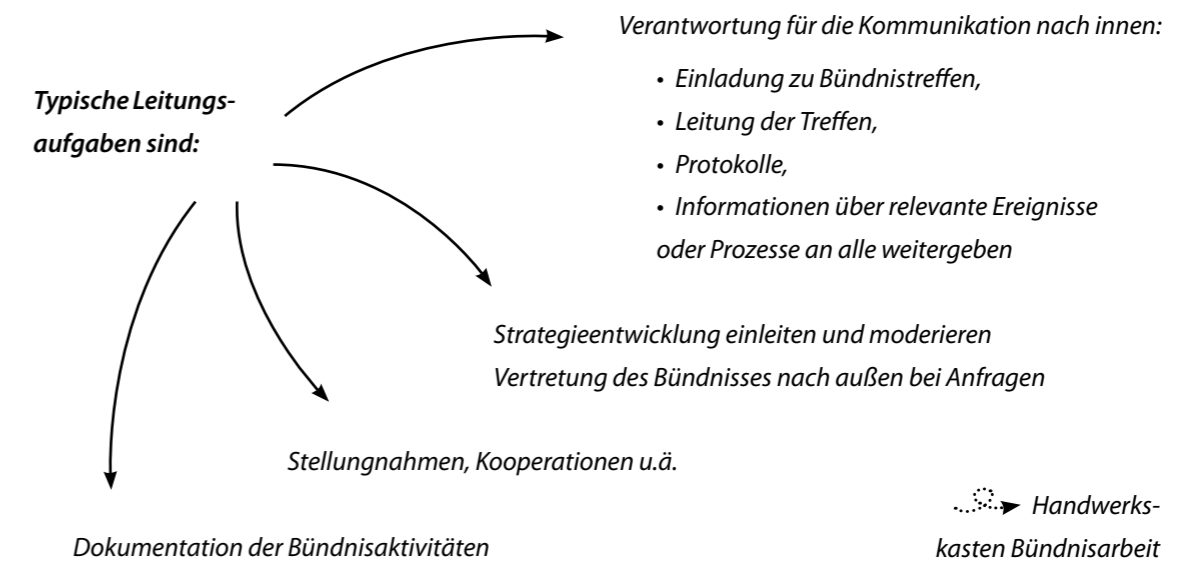
Die Verantwortung für eine Aufgabe zu haben, bedeutet nicht in jedem Fall, sie auch selbst ausführen zu müssen. Viele der hier genannten Aufgaben sind typisch für Leitungsfunktionen. Die Leitung kann aber auch andere Bündnismitglieder bitten, bestimmte Aufgaben zu erfüllen oder sie dabei zu unterstützen.

Koordinierung/ Leitung des Bündnisses

Auch hier existieren unterschiedliche Modelle, die den jeweiligen Gegebenheiten der lokalen Bündnisse entsprechen sollten.

Häufige Formen der Koordination sind:

- gewählte Sprecher_innen, die meist für einen definierten Zeitraum gewählt werden
- ein Leitungsgremium, das aus mehreren Personen besteht; in Bündnissen mit Arbeitsgruppen sind das oft die Vertreter_innen der Arbeitsgruppen



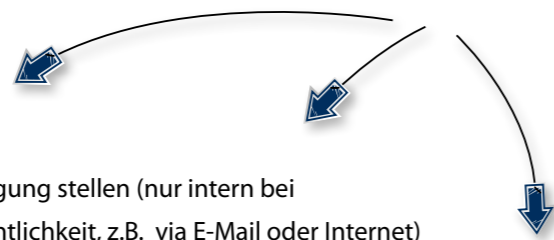
05 Handlungsfelder lokaler Bündnisse

Bündnisse gegen Rechtsextremismus funktionieren sehr unterschiedlich. Auch die Aufgabengebiete sind keinesfalls überall die gleichen. Dennoch gibt es natürlich Gemeinsamkeiten und ähnliche Schwerpunkte in den Handlungsfeldern. Im Folgenden werden die drei wichtigsten Handlungsfelder vorgestellt. In der Praxis sind die meisten lokalen Bündnisse gegen Rechtsextremismus in allen drei Handlungsfeldern aktiv, es gibt aber auch Bündnisse, die sich bewusst nur für ein Aufgabenfeld entschieden haben.

1. Informieren, austauschen, diskutieren

Lokale Bündnisse gegen Rechtsextremismus dienen häufig der eigenen Wissenssteigerung, der Vernetzung untereinander und der inhaltlichen Diskussion. Die Mitglieder wollen Informationen erhalten oder an andere weitergeben, das Bündnis also als Informationsbörse und Diskussionsplattform nutzen. Zentrale Aufgaben in diesem Handlungsfeld sind:

- Informationsabgleich über aktuelle lokale Ereignisse und Entwicklungen
 - Informationen zur Verfügung stellen (nur intern bei Treffen oder für die Öffentlichkeit, z.B. via E-Mail oder Internet)
 - Diskussion: Bündnisse diskutieren i.d.R. lokale oder regionale Probleme bzw. die lokale Bearbeitung überregionaler Probleme.



Die gegenseitige Information und Positionierung sowie die Bildung einer handlungsfähigen Gruppe durch die Vernetzung sind Voraussetzung für das Aktivwerden des Bündnisses nach außen.

2. „Reagieren“

Ein weiteres klassisches Handlungsfeld von Bündnissen gegen Rechtsextremismus ist das Abwehren rechtsextremer Aktionen und wirkt insofern reagierend, da rechtsextreme Vorfälle und Ereignisse Anlass für das Handeln sind. Ein angekündigter Aufmarsch von Rechtsextremen soll verhindert werden, die Nazi-Aufkleber sollen verschwinden oder die rechten Parolen bei der Demo sollen nicht unwidersprochen stehen bleiben. Je nach Anlass wird versucht, mit verschiedenen Mitteln auf das Ereignis zu reagieren. Wird das Ereignis im Vorfeld bekannt, werden zunächst Strategien erörtert, um es zu verhindern oder einzuschränken. Gelingt das Verhindern nicht, suchen die meisten Bündnisse nach geeigneten Protestformen, um Stellung zu beziehen, Widerspruch zu äußern und mit kreativen Mitteln auf die rechtsextreme Gefahr aufmerksam zu machen.

Dadurch bezieht das Bündnis Stellung nach außen und macht deutlich, dass rechtsextreme Parolen hier unerwünscht sind.

3. „Agieren“

Manche Bündnisse sind nicht zufrieden damit, nur auf Anlässe von außen zu reagieren. Sie wollen schon im Vorfeld verhindern, dass Menschen sich der rechtsextremen Szene zuwenden, und versuchen, mit unterschiedlichen Ansätzen präventiv zu wirken, zu informieren, aufzuklären und für Offenheit und Friedfertigkeit in ihrem Ort zu wirken. Sie initiieren eigene Aktivitäten und Projekte und leisten so ein kontinuierliches Engagement gegen Rechtsextremismus.



4. Praxisbeispiel für Handlungsfelder und Arbeitsformen eines lokalen Bündnisses gegen Rechtsextremismus

Ein Beispiel für ein Bündnis, das ohne regelmäßige Treffen auskommt, findet sich beim Bündnis „Netzwerk gegen Rechts – Für Demokratie und Weltoffenheit im Salzlandkreis“. Roman Binder vom Bündnis stellt die Funktionsweise des Bündnisses vor:

„Das Netzwerk gegen Rechts im Salzlandkreis ist ein loser Verbund von ca. 50 Einzelpersonen, Vereinen und Parteien, die sich alle dem Selbstverständnis des Netzwerkes verpflichtet fühlen, sonst aber keinerlei Verpflichtungen haben. Es gibt weder einen Vorstand noch aktive Arbeitskreise. Da es sich um ein

landkreisweit verknüpftes Netzwerk handelt, haben sich die Netzwerkteilnehmer (bewusst nicht Netzwerkmitglieder) für diese Struktur entschieden, um keinen zusätzlichen Arbeitsaufwand zu erzeugen.

Das Netzwerk ist nicht durch eine konkrete Aktion der Nazis entstanden, sondern vielmehr

als Vorsorge auf eventuelle Aktionen, um in diesen Fällen aktiv im Landkreis vernetzt zu sein. Das Netzwerk ist also eine Aktionsform im reinen Wortsinn: alle Beteiligten verstehen sich als Informationsbasis, die die unterschiedlichen lokalen Bündnisse in Bernburg, Schönebeck und Aschersleben vernetzt und untereinander auch schnell Informationen verteilt (via E-Mail).

Wenn Demonstrationen oder andere Aktionen von Rechtsextremisten im Landkreis bekannt werden, wird das gesamte Netzwerk über den Mailverteiler informiert und gegebenenfalls werden direkt in den betroffenen Orten Treffen organisiert. Hier hilft die Erfahrung des sehr gut arbeitenden Bündnisses in Bernburg und die Zuarbeit der Mitarbeiter des Miteinander e.V.. Darüber hinaus kann jeder Netzwerkteilnehmer selbst in Absprache mit dem Netzwerkverteiler unter dem Briefkopf des Netzwerkes zu Aktionen einladen. Dies kann dadurch unkompliziert überparteilich legitimiert erfolgen. Das stellt einen großen Vorteil der Netzwerkstruktur dar, da nicht mehr Person X der Partei Y einlädt, sondern Person X als Netzwerkteilnehmer. Somit können wesentlich besser mehr Personen mobilisiert werden. Außerdem kann der Netzwerkverteiler zur Werbung für Vereins-, Partei- oder sonstige Aktivitäten im Themenfeld Demokratie und Weltoffenheit genutzt werden.

Da rechtsextreme Ereignisse zum Glück nicht monatlich zu finden sind, hat sich das Netzwerk vorgenommen, mindestens einmal im Kalenderjahr einen Aktionstag des Netzwerkes auszurichten. Dieser fand bisher sehr erfolgreich in Staßfurt (2008),

Aschersleben (2009) und Schönebeck (2010) statt. Leider muss selbstkritisch betrachtet werden, dass alle Netzwerkteilnehmer sehr stark eingebunden sind und dadurch im Wahljahr 2011 kein eigener Aktionstag stattfinden konnte.

Ein solcher Aktionstag bietet ein buntes Programm, bei dem alle Netzwerkteilnehmer mit Ständen auf ihre Aktionen im Bereich „Gegen Rechts“ aufmerksam machen und das Netzwerk Gelegenheit hat, sich untereinander besser kennen zu lernen.

Auffällig ist auch, dass in dieser losen Struktur nicht alle gleich aktiv sind und es wie immer natürlich auch aktiver Personen bedarf, um das Netzwerk am Laufen zu halten. Beispielsweise liegt die Homepage www.netzwerk-gegen-rechts.de zurzeit brach und könnte besser gepflegt werden, auch wären häufigere Treffen sicherlich schön.

Jedoch wurde schon zu Beginn der Gründung festgestellt, dass das Wichtigste die Arbeit direkt vor Ort ist und das Netzwerk nicht mehr als ein Mal im Jahr aktiv werden muss. Die Aktivierung zu konkreten Ereignissen klappt nach wie vor sehr gut und auch hier ist festzustellen, dass alle Beteiligten das Ziel eint, für Demokratie und Weltoffenheit im Salzlandkreis einzustehen.

Auf eine häufig anzutreffende Formulierung „Gegen Gewalt, gegen Extremismus allgemein etc.“ wurde bewusst verzichtet, um das Aufgabengebiet nicht zu weit zu fassen und klar zu begrenzen. Im Selbstverständnis sind dennoch natürlich diese Punkte mit aufgeführt, jedoch beschreibt der Titel „Netzwerk gegen Rechts – Für Demokratie und Weltoffenheit im Salzlandkreis“ sehr gut die Arbeitsweise.“



06 Öffentlichkeitsarbeit

Gerade für politisch motivierte Akteur_innen ist eine gute Öffentlichkeitsarbeit Grundlage ihres Tuns. Denn es geht nicht nur um das Handeln im geschlossenen Kreis, sondern man möchte die lokale Situation verändern, in gesellschaftliche Prozesse eingreifen, auf Missstände aufmerksam machen und andere Menschen als aktive Unterstützer_innen gewinnen.

Durch eine erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit kann ein lokales Bündnis gegen Rechtsextremismus Probleme deutlich machen, die Öffentlichkeit sensibilisieren und Motivation zum Mitmachen geben. Damit ist das Wirken in die Öffentlichkeit eine Hauptaufgabe lokaler Bündnisse gegen Rechtsextremismus.

Wichtige Felder der Öffentlichkeitsarbeit für lokale Bündnisse

1. Der Name

Jede Person oder Institution wird durch ihren Namen eindeutig identifizierbar. Der Name ist dabei nicht nur eine bloße Identifikationsnummer. Eine Institution kann mit ihrem Namen bereits ihren Charakter (amtlich/ emotional/ modern/ dynamisch/ ...) und auch ihr Thema oder Anliegen deutlich machen.

Die in unserem Ratgeber verallgemeinernd titulierten „Bündnisse gegen Rechts“ sind unter einer breiten Vielfalt von Namen zu finden. Der

Gedanke des Zusammenschlusses wird ausgedrückt durch Begriffe wie „Bündnis“, „Netzwerk“, „Runder Tisch“ u.a.

Die Formulierung der wesentlichen inhaltlichen Stoßrichtung ist ein Streitpunkt in der Gründungsphase vieler Bündnisse: Ist man eher „gegen Rechts“ oder „für“ etwas?

Viele Bündnisse wollen die Klarheit über die aus ihrer Sicht wesentliche Problemstellung und entscheiden sich für Ersteres. Andere sehen in einem Titel „gegen etwas“ eine negative Konnotation und wollen lieber ihre Vision beschreiben: „für Demokratie“, „für ein lebendiges/ weltoffenes/ friedliches [Name der Stadt] o.ä.

Der Name sollte idealerweise ausdrücken, wofür das Bündnis steht, aber dennoch kurz und prägnant sein. Hier einige Beispiele für die aus diesen Erwägungen entstehende Vielfalt:



Beispiele für Namensgebungen lokaler Bündnisse gegen Rechtsextremismus

- Arbeitskreis für Weltoffenheit und Demokratie in Salzwedel
- Netzwerk „Gelebte Demokratie“ Dessau-Roßlau
- Weißenfelder Bündnis für Toleranz – gegen Rechtsextremismus und jede Gewalt
- Lokales Bündnis für ein verantwortliches Miteinander (Lutherstadt Eisleben/ Mansfeld-Südharz)
- Runder Tisch „Bürger für Demokratie und Toleranz, gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ (Quedlinburg)
- Bürger-Bündnis Wernigerode für Weltoffenheit und Demokratie
- Bündnis „Sangerhausen bleibt bunt“
- Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage
- Köthener Netzwerk für Demokratie und Toleranz
- Schönebecker Courage – gemeinsam gegen Rechts

Einige weitere Beispiele aus anderen Bundesländern:

- ▷ Bündnis "Potsdam bekennt Farbe!"
- ▷ Forum gegen Rassismus und rechte Gewalt Oranienburg
- ▷ Plattform gegen Rechts Fürstenwalde
- ▷ Zossen zeigt Gesicht
- ▷ Bürgertisch für Demokratie Erfurt – Arbeitsgruppe gegen Rechtsextremismus



Hier gilt es, für jedes Bündnis eine Lösung zu finden, mit der sich alle Mitglieder identifizieren können.

2. Der öffentliche Auftakt

Wie tritt ein neues Bündnis an die Öffentlichkeit? Was sind die wichtigsten Inhalte, die transportiert werden sollen?
Wie kann eine große Aufmerksamkeit erreicht werden?

Die öffentlichkeitswirksame Aktion



An folgende Dinge sollten Sie in Vorbereitung einer öffentlichkeitswirksamen Gründungsveranstaltung unbedingt denken:



Verfassen Sie eine Gründungserklärung und benennen Sie die Erstunterzeichner_innen.

Nutzen Sie möglichst einen öffentlichen Ort für den offiziellen Gründungsakt wie einen zentralen Platz oder das Rathaus mit Fotomöglichkeit für die Presse.

Machen Sie über eine Pressemitteilung den Anlass, Termin und Ort der Gründungsveranstaltung bekannt

Um während der Gründungsveranstaltung potentielle Mitglieder anzusprechen und zu gewinnen, bereiten Sie unbedingt Informationsblätter mit den wichtigsten Informationen zum Bündnis vor (z.B. das Selbstverständnis) und halten Sie vor allem Kontaktdaten bereit.

Legen Sie Listen aus, in denen sich spontan Interessierte mit ihren Kontaktdaten eintragen können und nehmen Sie diese nach der Veranstaltung in Ihren Bündnisverteiler auf.

Teilen Sie während der Gründungsveranstaltung mit, wie man dem Bündnis beitreten kann.



Auf jeden Fall sollte die Presse vorab über das Vorhaben informiert und eingeladen werden. Damit die Bündnisgründung auch mit einem Foto in der Presse erscheint, sollte eine Foto-Situation geplant und terminiert werden, z.B.: Gruppenfoto der Bündnisgründer um 17.30 Uhr, oder Netzwerk aus bunten Seilen wird auf dem Markplatz geknüpft um 17.00 Uhr o.ä.

3. Kontakt zum Bündnis finden

Wenn sich das Bündnis erweitern will, sollte die Möglichkeit geschaffen werden, dass sich laufend weitere Mitglieder dem Bündnis anschließen können. Es sollte auf verschiedenen Zugangswegen leicht zu finden und zu kontaktieren sein.

Kontakt bei öffentlichen Aktionen finden

Signalisieren Sie bei jedem öffentlichen Auftritt Offenheit und geben Sie die Kontaktdaten des Bündnisses an (z.B. auf Faltblättern). Halten Sie immer eine Liste bereit, um von Interessent_innen die Kontaktdaten zu erfassen und in Ihren Verteiler aufzunehmen. So erweitert sich der Kreis um das Bündnis ständig.

Kontakt im Internet finden

Internet und soziale Netzwerke spielen heute eine große Rolle in der Ansprache von Menschen und für die Auffindbarkeit. Es ist daher hilfreich, wenn das Bündnis im Internet ohne allzu große Schwierigkeiten auffindbar ist. Das muss nicht bedeuten, dass das Bündnis eine eigene Homepage hat. Oft bieten die Internetseiten von Kommunen die Möglichkeit, lokale Initiativen zu präsentieren, oder das Bündnis kann sich auf der Homepage eines der Mitgliedsvereine darstellen. Auch soziale Netzwerke wie Facebook & Co bieten einfache Möglichkeiten, sich zu präsentieren und schnell mit anderen zu vernetzen.

4. Das Bündnis braucht ein Gesicht

Ein Bündnis besteht üblicherweise aus einer Vielzahl von verschiedenen Akteur_innen, doch um mit der Öffentlichkeit zu kommunizieren, empfiehlt es sich „mit einer Stimme“ zu sprechen. Vorher mit dem Gesamtbündnis abgestimmte Informationen sollten stets nur über ein oder zwei Mitglieder des Bündnisses nach außen getragen werden. Das erhöht auch für die Presse den Wiedererkennungsgrad. Ein oder eine Journalist_in kann sich nie alle Gesichter eines Bündnisses merken, aber mit Sicherheit ein einzelnes. Dem Bündnis ein Gesicht zu geben, zählt daher zu einer der wichtigsten Aufgaben in der Öffentlichkeitsarbeit.

Kontakt über Telefon oder E-Mail

Erreichbar zu sein, muss nicht viel kosten. Ein gebrauchtes Handy findet sich schnell und mit einer Prepaid-Karte ohne Mindestumsatz ist das Bündnis immer erreichbar. Auch eine eigene E-Mail-Adresse ist bei einem der kostenlosen Anbieter schnell erstellt. Die Zugangsdaten sollten diejenigen erhalten, die für Öffentlichkeitsarbeit und Verwaltung zuständig sind (Pflege des Verteilers!).


Neue Mitstreiter_innen finden

Machen Sie im persönlichen Gespräch und auch im Internet, auf Flyern, bei Veranstaltungen, Pressegesprächen usw. immer wieder deutlich, dass das Bündnis vom Engagement vieler lebt. Bieten Sie dabei konkrete Aufgaben und Projekte zum Mitmachen an: „Wir freuen uns über jeden, der unsere Sache unterstützt! Vielleicht haben Sie Lust, bei unserer Bildungswoche mitzumachen? Oder beim Gestalten von Transparenten für die Demonstration? Wir treffen uns ...“.



5. Prominente Befürworter_innen

Versuchen Sie, bekannte Personen, die anerkannte Autoritäten für viele Bürger_innen sind, für die Ziele des Bündnisses zu gewinnen. Mit einem bekannten „Aushängeschild“ gewinnt das Thema in der Kommune an Stellenwert.

Viele weitere Informationen:  Handwerkskasten Öffentlichkeitsarbeit

07 Typische Probleme und Konfliktfelder

Es ist ein Irrglaube, dass Bündnisse nur gut funktionieren, wenn sie frei von inneren Spannungen und Konflikten sind. Im Gegenteil – Konflikte können, solange sie offen und konstruktiv diskutiert werden, auch bestandserhaltend sein und für „neuen Schwung“ sorgen. Einige Probleme, die besonders typisch für Bündnisse gegen Rechtsextremismus sind, sollen in diesem Kapitel beschrieben und diskutiert werden. Dazu geben wir Hinweise, die zu einer konstruktiven Bearbeitung und Problemlösung beitragen können.

Konfliktbeispiel 1

Unterschiedliche Aktionsbereitschaft

Die Heterogenität eines Bündnisses spiegelt sich immer auch in der Wahl der Aktionsformen wieder. Die Vorstellungen innerhalb der Gruppe darüber, wie stark das Bündnis nach außen in Erscheinung treten soll, können sehr unterschiedlich sein. Während es einigen Bündnismitgliedern genügen würde, Gespräche über den Rechtsextremismus und die Situation vor Ort zu führen (verbunden vielleicht mit einem jährlichen öffentlichen Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus), wollen andere ihre Meinung stärker und häufiger nach außen tragen, um aufmerksam zu machen und den Rechtsextremen nicht die Straße zu überlassen. Einige befürchten dabei, als kleineres Bündnis möglicherweise nicht ausreichend Mobilisierungskraft für eine größere Demonstration aufbringen zu können. ▶

Oder sie halten den Aufwand für öffentliche Aktionen für zu hoch. Einzelnen erscheinen öffentliche Aktionen als zu gefährlich. Insbesondere in kleineren Orten fällt dabei die deutliche Ablehnung bestimmter Personen bzw. ihrer Einstellungen und Taten schwer (das Phänomen des Lokalismus, vgl. Palloks/ Steil 2008: 38 ff).

Die Vertreter_innen der anderen Sichtweise glauben demgegenüber, dass ohne eine starke öffentliche Präsenz des Bündnisses oder ohne laute und Aufmerksamkeit erregende Aktionen keine Wirkung erreicht werden kann.

Vermeiden Sie die direkte Konfrontation, sondern hängen Sie z.B. Plakate, Fahnen entlang der Demoroute der Rechtsextremen auf oder nutzen Sie künstlerische Aktionsformen. Diese erzeugen weniger Aggressionen und bieten Ihnen oft die Möglichkeit, unerkannt zu bleiben.

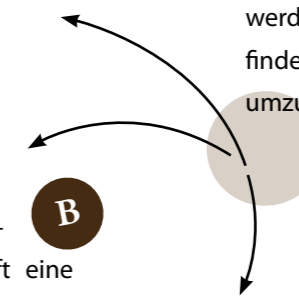
Suchen Sie starke oder kreative Bündnispartner_innen. Gegen Angst hilft eine deutliche Unterstützung durch stadtbekanntere Meinungsführer_innen, die sich an Ihre Seite stellen. Auch die schiere Zahl derjenigen, die Ihrer Meinung sind, hilft: Versuchen Sie besonders viele Menschen zu aktivieren, mit Ihnen gemeinsam Flagge gegen Rechtsextremismus zu zeigen.



Tipps zum Vorgehen:

1. Ängste und Befürchtungen ernst nehmen

Grundlegend geht es zum einen um die Frage, welche Ziele das Bündnis verfolgt und welche Strategien dazu dienen können, diese Ziele zu erreichen. Geht es v.a. um eine Selbstverständigung besorgter Bürger_innen, können gemeinsame Treffen und gelegentliche kleine Aktionen ausreichen. Aber fast jedes Bündnis strebt an, eine deutliche Wirkung zu haben und tatsächlich etwas gegen den Einfluss von Nazis in ihrer Stadt zu tun. Wenn einzelne Bündnismitglieder Ängste und Befürchtungen vor größeren Aktionen haben, sollten diese Ängste thematisiert und ernsthaft diskutiert werden. In der Regel lassen sich zahlreiche Wege finden, um mit den Ängsten und Befürchtungen umzugehen:



Auch eine Beratung des Bündnisses zum Umgang mit Bedrohungslagen durch die Polizei kann hilfreich sein. Suchen Sie schon im Vorfeld Kontakt zur Polizei, die Sie präventiv berät und unterstützt.

2. Aktionspotentiale steigern

Wenn sich das Bündnis einig ist, wirkungsvoll sein zu wollen, müssen Strategien gefunden werden, die trotz der vorliegenden Hindernisse (zu wenig Aktive, kein Geld, ...) funktionieren. Hier nur einige Beispiele zur Illustration:

➔ *Das Bündnis hat bisher nur wenig Mitstreiter_innen:*

Nutzen Sie Aktionsformen, die von wenigen durchgeführt werden können und gleichzeitig viel Aufsehen erregen, z.B. durch auffälliges Zubehör oder Musik. Für solche Aktionen kommt es vor allem auf ein wenig Phantasie an. Straßentheater z.B. kann mit einfachsten Mitteln und nur wenigen Personen große Aufmerksamkeit erzeugen.



Beispiel Verkleiden

Einzelne Bündnismitglieder verkleiden sich als Clowns und verteilen Informationen an Passant_innen. Clowns genießen Sympathie und es ist unwahrscheinlich, dass Nazis einen Clown angreifen. Gleichzeitig ist das Gesicht des Clowns nicht erkennbar. Oder Großpuppen: sie können über drei Meter groß sein und sind weithin sichtbar. Sie können selbst riesige Anti-Nazi-Buttons tragen und sprechen so für sich, wenn sie zu musikalischer Begleitung durch die Straßen gehen.

Beispiel Altkleidertonne

Bei einer Aktion gegen den örtlichen rechten Szeneladen wird eine Altkleidertonne (umetikettete Mülltonne) aufgebaut, in die augenscheinliche Kund_innen die Hass-Kleidung direkt entsorgen können. Machen Sie dabei mit „Werbepflichten“ auf das „einmalige Sonderangebot“ aufmerksam.

Mehr Aktionsideen finden Sie im Handwerkskasten.

➔ *Wenig Geld:*

Fehlendes Geld kann durch Unterstützer_innen wettgemacht werden. Diese werden entweder für Spenden angesprochen oder helfen durch Ausleihe oder Sachspenden benötigten Materials.

Näheres zur Finanzakquise finden Sie im Handwerkskasten unter „Fundraising“.

3. Alternative Ausdrucksformen finden

Der heterogene Charakter des Bündnisses darf sich auch in seinen Ausdrucksformen widerspiegeln. Nicht alle Mitglieder müssen an den Aktionen des Gesamtbündnisses teilnehmen, oder sie können es in verschiedenen Funktionen tun. Wer sich nicht gern auf der Straße zeigt, kann trotzdem bei den Vorbereitungen helfen und so zum Gelingen der Aktion beitragen.

Wie man damit umgeht, hängt mit dem jeweiligen Selbstverständnis des Bündnisses zusammen. Wichtig ist jedoch immer, dass Transparenz über die geplanten Aktionen besteht. Alle Mitglieder sollten zumindest wissen, was die anderen planen, ganz unabhängig davon, ob sie es persönlich gutheißen.

Konfliktbeispiel 2

Wenig Aktive und sinkende Motivation

Bündnisarbeit ist vor allem dann erfolgreich, wenn Aufgaben gleichmäßig verteilt werden und Einzelne sich nicht übernehmen. Außerdem erhöht die Verteilung von Aufgaben den Zusammenhalt und die langfristige Motivation von Mitgliedern. Die Praxis zeigt aber allzu oft das Gegenteil: viele Aufgaben werden von (zu) wenigen Akteur_innen bewältigt. Bei diesen entsteht in der Folge Frustration, weil sie überlastet sind und gleichzeitig sehen, dass wichtige Aufgaben liegen bleiben und so die Erfolge des Bündnisses gefährdet sind. Also machen sie es am Ende doch wieder selbst.

Es gibt mehrere Ursachen, warum Aufgaben häufig ungleich verteilt sind. Neben der Tatsache, dass nicht alle Menschen gleich viel Zeit oder ein gleich hohes Interesse an der Sache haben, gibt es Mechanismen, die eine ungleiche Verteilung begünstigen.

- Funktioniert der Informationsfluss im Bündnis? Haben wirklich alle die gleichen Informationen über aktuelle Problemlagen und Vorhaben des Bündnisses?

- Teilen alle noch die Ziele des Bündnisses?

- Kommen alle mit ihren Interessen ausreichend zu Wort, können alle ihre Beobachtungen, Ideen, Wünsche einbringen?

Fragen zur Ursachenanalyse:



- Wie werden die Aufgaben verteilt? Was könnte man anders machen?

- Stehen alle Beteiligten hinter den Aktionen des Bündnisses?

- Gibt es Konflikte im Bündnis, die die Beteiligung eventuell behindern?



Tipps zum Vorgehen:

1 Beteiligung von Anfang an stärkt die Motivation. Entwickeln Sie daher möglichst alle Pläne von Beginn an gemeinsam. Von der Ideenentwicklung über die Entscheidung für eine Maßnahme bis zur Umsetzung sollte der Prozess gemeinsam erfolgen. Denn das Mitgestalten, das gemeinsame Planen, die Beteiligung von Anfang an stärken die Motivation aller Mitmacher_innen. ... Zur methodischen Umsetzung siehe Handwerkskasten „Projektentwicklung“.

2 Aktivist_innen übernehmen sehr schnell Aufgaben. Oft werden dann Menschen übersehen, die wollen, aber sich nicht so „schnell“ melden. Gewöhnen Sie sich daher an, alle zu fragen, wer die Aufgabe übernehmen oder mithelfen könnte. Warten Sie ab und verzichten Sie darauf, jedes Mal selbst in die Bresche zu springen.

3 Machen Sie deutlich, dass eine Sache in der Konsequenz nicht umgesetzt werden kann, wenn zu wenige Mitglieder mitmachen. Bleiben Sie dabei sachlich und werden Sie nie vorwurfsvoll! Moralischer Druck ist keine gute Motivationsquelle.

4 Berücksichtigen Sie Interessen und Ressourcen der Mitglieder.

5

Behalten Sie das Verhältnis zwischen Vorhaben und Möglichkeiten des Bündnisses/ der Mitglieder im Auge. Versuchen Sie, eher kleinere Vorhaben umzusetzen als die Gruppe zu überfordern. Oder Sie versuchen, für Ihr wichtiges Vorhaben mehr Leute zu aktivieren: Mitmacher_innen, Ermöglicher_innen, Ideengeber_innen, Umsetzer_innen, Spender_innen, ...

6

Menschen in neue Aufgaben einarbeiten: Nicht jeder traut sich sofort die Übernahme einer neuen Aufgabe zu. Bieten Sie leichte Einstiege, indem die bisher Verantwortlichen die Aufgaben für eine Weile gemeinsam mit den Neuen erledigen. So können Sie neue Aktive gewinnen. Das kostet am Anfang Zeit, aber es lohnt sich. Die meisten Menschen sind stolz auf ihre (neuen) Fähigkeiten. Nutzen Sie daher die Motivationsquelle „Kompetenzzuwachs“.

7

Motivation steigt auch durch Erfolge in der Arbeit. Warum sollte man in einem Bündnis mitarbeiten, das nichts bewirkt? Mehr Informationen zu dieser Frage im Abschnitt „Mangelnde Wirksamkeit“ weiter unten im Kapitel.

8

Organisieren Sie Wertschätzung und Anerkennung für das Engagement der aktiven Bündnismitglieder. Das stärkt die Motivation enorm.

9

„Kampf und Krampf“ vermeiden (Buntheit und Spaß entgegensetzen, Lebensfreude zeigen, feste Termine im Jahreslauf dafür verankern).

10

Überlastungen frühzeitig anzeigen.



Mangelnde Wirksamkeit

Ein freiwilliger Zusammenschluss von Bürger_innen zu einem Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus impliziert den Wunsch, die Gesellschaft zu verändern und politisch etwas zu bewegen. Wer sich ehrenamtlich in seiner freien Zeit für eine Sache engagiert, wünscht sich natürlich auch, dass das Engagement eine Wirkung entfaltet, denn sonst wäre es ja sinnlos oder bloßer Selbstzweck. Bleibt diese Wirkung in der öffentlichen oder in der Selbstwahrnehmung gering oder gar nicht wahrnehmbar, führt das schnell zum Motivationsverlust und zu der Frage, warum man freiwillig Zeit investiert, wenn dieses Engagement keinen Effekt zu haben scheint.

Gleichzeitig ist es nicht leicht, für manchmal weitreichende und abstrakte Ziele wie „weniger Rassismus“ oder „weniger rechtsextremes Denken in unserer Stadt“ konkrete Veränderungen festzustellen. Wie kann man überhaupt feststellen, wie die eigenen Aktionen in der Stadt wirken?

- ➔ Sie haben eine gute Aktion durchgeführt, aber zu wenig Leute erreicht?
Wo liegen die Ursachen?
 - War die Öffentlichkeitsarbeit schlecht?
 - War die Aktion nicht geeignet für die Zielgruppen?
 - Wäre ein anderer Zeitpunkt oder Ort besser gewesen?
- ➔ Sie machen eine wichtige Arbeit, aber die Presse berichtet nicht über Sie?
 - Ist die Presse rechtzeitig informiert worden, auch über Termine und
 - Möglichkeit für Fotos?
 - Hatte die Nachricht „Neuigkeitswert“?

Weitere Fragen: ... ➔ Abschnitt „Öffentlichkeitsarbeit“ im Handwerkskasten

Wichtig ist, die getroffenen Entscheidungen für „wirksame“ Maßnahmen fortwährend zu prüfen. Dabei sollte der eigene Anspruch an Aktionen immer wieder mit der tatsächlichen öffentlichen Wahrnehmung abgeglichen werden. Es gilt, dass Bündnisse nur wirksam sein können, wenn sie ihre Zielgruppen erreichen.

Ein weiterer hilfreicher Faktor für Wirksamkeit ist die Pluralität eines Bündnisses. Je mehr Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungshorizonten zusammenkommen, desto kreativer kann der Austausch über passende Aktionsformen sein, und desto mehr unterschiedliche Kontakte wie auch Ressourcen stehen für die Umsetzung zur Verfügung.

Binden Sie mehr Menschen ein, denen das Eintreten gegen Rechtsextremismus eine Herzensangelegenheit ist. Sie haben eine hohe Eigenmotivation und ein hohes Problembewusstsein, oft auch eine gute Sachkenntnis.

Binden Sie auch Menschen mit Projekterfahrung ein, die über gute Fähigkeiten in der Planung und Steuerung von Vorhaben verfügen.

Wie oben erläutert, stehen mangelnde Wirksamkeit und Motivationsverlust in einem sehr engen Verhältnis. Um dem vorzubeugen, gilt die Devise: „Nicht zu schnell zu Großes erwarten“. Bündnisarbeit ist sehr kleinschrittig und zuweilen auch enorm mühsam. Doch bei kontinuierlichem Engagement potenziert sich auch die Wirksamkeit, da man immer wieder auf die Erfolge der letzten Aktionen aufbauen kann.

Tipps zum Vorgehen:

1 Versuchen Sie zunächst zu klären, was Sie genau erreichen wollen. Leitfragen können sein:

- ➔ Wie messen wir überhaupt unsere Wirksamkeit? Wann sind wir wirksam?
- ➔ Wie viele Leute sollen unsere Aktionen erleben, damit wir sie als Erfolg werten?
- ➔ Erreichen wir mit den Aktionen eine breite Öffentlichkeit?

2 Versuchen Sie dann zu ergründen, wo die Ursachen für die bisherige mangelnde Wirksamkeit liegen. Beziehen Sie alle Bündnismitglieder in die Analyse mit ein.

- ➔ Sind unsere Ideen und Aktionen geeignet, um unser Ziel zu erreichen, oder funktioniert ein anderes Vorgehen vielleicht besser?
- ➔ Gibt es Akteur_innen innerhalb oder außerhalb des Bündnisses, die die Wirksamkeit blockieren?

Konfliktbeispiel 4

Strategische Differenzen

In vielen Bündnissen wird der Konflikt um legitime Formen des Protests sehr kontrovers ausgetragen. Auf der einen Seite finden sich oft Vertreter_innen offensiver und z. T. strittiger Protestformen wie Demonstrationen und Blockaden, auf der anderen Seite gibt es vorsichtiger Menschen, die sich mit lautem Protest oder Konfrontationen nicht wohl fühlen. Diese folgen bei Demonstrationen der Argumentation der Polizei, dass Sicherheit nur bei einer räumlichen oder sogar zeitlichen Trennung von Rechtsextremen gewährleistet werden kann. So hat schon manche Gegenveranstaltung gar an einem anderen Tag als die Aktion der Nazis stattgefunden.

Die erste Gruppe vertritt hingegen den Standpunkt, dass nur direkte Blockaden die Präsenz der Nazis in ihrem Ort verhindern können. Nach dem Motto „Wo ein Körper ist, kann kein anderer sein“ halten sie im Fall genehmigter Aufmärsche vor allem Gegendemonstrationen und Blockaden für das Mittel der Wahl, und gehen dafür auch das persönliche Risiko ein, eine Ordnungswidrigkeit zu begehen. In manchen Fällen werden Blockaden auch als Straftatbestände gewertet.



Tipps zum Vorgehen:

Nicht nur bei dieser, auch bei anderen Fragen des Vorgehens empfiehlt es sich, unterschiedliche Strategien zu verfolgen, die sich ergänzen.

Das Bündnis muss sich in der Praxis über die Wahl der Methoden und Aktionsformen nicht immer einig sein. Gerade bei größeren Aktionen ist es die Vielfalt, die lebendig wirkt und eine Veranstaltung attraktiv macht. Diese Vielfalt bietet wiederum unterschiedlichen Menschen die Möglichkeit mitzumachen. So kümmert sich der eine lieber um Transport und Aufbau, die andere hat Spaß daran,



Passant_innen zu animieren, ihre Wünsche auf bunte Zettel zu schreiben und aufzuhängen, und jemand Drittes macht Fotos für die Aktion „Gesicht zeigen“. Diese Möglichkeiten, sich einzubringen, sind eine starke Erfahrung für Selbstwirksamkeit und motivieren für die weitere Arbeit.

...➔ Informationen zum Versammlungsrecht im Handwerkskasten

Konfliktbeispiel 5

Diskreditierungsstrategie

Dass lokale Bündnisse gegen Rechtsextremismus nicht nur mit Konfliktkonstellationen im Inneren zu tun haben, sondern auch immer wieder mit Anfeindungen, Verdrängungsbemühungen und Verleumdungen von außen konfrontiert sind, erscheint auf den ersten Blick nicht überraschend. Natürlich sind lokale Bündnisse immer wieder Zielscheibe Rechtsextremer, deren Präsenz im öffentlichen Raum das Bündnis zu verhindern versucht und deren Ideologien und Strategien es entlarven will. Sich in einem Bündnis gegen Rechtsextremismus zu engagieren, erfordert daher Zivilcourage und Mut. Allzu oft aber werden die Menschen, die Zielscheibe der Neonazis sind und sich als ihre Gegner_innen sehen, von demokratischen Akteur_innen diffamiert.

Ein Klassiker ist die öffentliche Gleichsetzung von Rechtsextremismus mit Linksextremismus und die mitschwingende Behauptung, das Bündnis sei geprägt durch linksextreme Ideologien und Kräfte. Meist reicht es aus, ein solches Gerücht in die Welt zu setzen, um viele potentielle Bündnispartner_innen (v.a. aus dem bürgerlichen Spektrum) fernzuhalten. Wer möchte schon gern gegen rechtsextremistische Ideologien und für Demokratie kämpfen und dabei mit anderen demokratiefeindlichen Gruppen gemeinsame Sache machen? Zur Bekämpfung unliebsamer oder unbequemer Gruppierungen – und aus Sicht kommunal Verantwortlicher können lokale Bündnisse durchaus unbequem sein, da sie den Finger in die Wunde legen und öffentlich auf lokale Probleme hinweisen – reicht es oft schon aus, die Vertrauenswürdigkeit dieser Gruppierungen in Frage zu stellen. So wird das Ansehen des Bündnisses und mithin auch der beteiligten Gruppen – kleinere antifaschistische Initiativen ebenso wie kirchliche Träger oder Betroffene neonazistischer Gewalt – schnell diskreditiert und ihnen wird ein besonderes Misstrauen entgegengebracht.

Umarmungsstrategie

An den Bündnistreffen zur Vorbereitung einer Protestveranstaltung gegen einen Naziaufmarsch beteiligt sich auf einmal und erstmalig sehr engagiert der Kandidat einer demokratischen Partei für die nächste Bürgermeisterwahl. Er lobt die Arbeit des Bündnisses und schlägt vor, selbst während der Kundgebung als Redner aufzutreten. Sein Redebeitrag kommt dann aber schnell vom eigentlichen Thema der Kundgebung ab und entwickelt sich zu einer flammenden Wahlkampfrede.

Parteien oder auch andere Gruppen nutzen gesellschaftliche Plattformen wie Bündnisse gern für die Verfolgung eigener politischer Interessen und Ziele. Bietet sich dann – wie in dem beschriebenen Beispiel – auch noch die Gelegenheit für ein breites Publikum und effektvolle Bilder, wird die Möglichkeit zur Instrumentalisierung der Bündnisarbeit dankbar genutzt. Aber auch Sie haben die Möglichkeit diese Strategie anzuwenden. Denkbar wäre, gezielt (prominente) Multiplikator_innen für das Bündnis anzusprechen und diese für eine Mitarbeit zu begeistern. Das kann eine besondere Öffentlichkeit für Ihre Idee schaffen und noch mehr Menschen motivieren, sich Ihrem Bündnis anzuschließen.



Tipps zum Vorgehen:

1

Suchen Sie rechtzeitig nach anerkannten und deutungsmächtigen Akteur_innen, die sich öffentlich zu den Zielen und Inhalten Ihres Bündnisses bekennen.

2

Stellen Sie größtmögliche Transparenz über Ihre Arbeit her (Homepage, Pressemitteilungen etc.).

3

3. Stellen Sie das Bündnis möglichst breit mit Akteur_innen aus vielen Bereichen der Zivilgesellschaft auf. Falls Sie politische Akteur_innen einbinden wollen, tun Sie dies am besten parteiübergreifend.

4

4. Reagieren Sie offensiv und einnehmend auf Unterstellungen.



Tipps zum Vorgehen:

1

Achten Sie darauf, mit welchen Motiven sich insbesondere Parteienvertreter_innen für die Bündnisarbeit interessieren. Obwohl diese durch ihre persönliche Deutungsmächtigkeit für die Arbeit des Bündnisses wertvoll sein können, besteht immer die Gefahr einer einseitig parteipolitischen Färbung des Bündnisses.

2

Vermeiden Sie den Verdacht der Parteilichkeit entweder durch die Aufnahme von Vertreter_innen möglichst aller demokratischen Parteien in das Bündnis oder aber durch die klare Positionierung gegenüber jeglichem parteipolitischen Kalkül.

3

Sollen bei öffentlichen Veranstaltungen Parteienvertreter_innen sprechen, so sollte ein überparteiliches Bündnis immer alle im jeweiligen Parlament vertretenen demokratischen Parteien einladen, um nicht als parteigebunden angreifbar zu sein.

4

Während der heißen Wahlkampf-Zeiten sollte man den Verzicht der Parteienvertreter_innen auf öffentliche Auftritte im Namen des Bündnisses vereinbaren, es sei denn...

5

... alle demokratischen Parteien verzichten für einen Tag auf ihren Wahlkampf und machen gemeinsam einen Aktionstag gegen Rechtsextremismus, dies wurde vor einigen Jahren in Wernigerode erfolgreich praktiziert.

Konfliktbeispiel

7

Übertragungs- bzw. Delegationsstrategie

Lokale Bündnisse mit einer klaren inhaltlichen Positionierung und Problemsicht gegenüber dem Thema Rechtsextremismus laufen zuweilen Gefahr, dass ihnen von außen schnell die alleinige Zuständigkeit für den Umgang mit rechtsextremen Problemlagen zugeschrieben wird und zusätzliche Aufgaben an sie „delegiert“ werden. Andere Akteur_innen in der Kommune sind ganz froh über das Bündnis, man hat quasi „Expert_innen“ für das Thema und muss sich scheinbar nicht selbst mit diesem leidigen Problem beschäftigen. „Das hat für Meinungsführerinnen und Meinungsführer den Charme der eigenen Entlastung. Man braucht sich dazu nicht zu positionieren, braucht keine öffentliche Position zu beziehen und sich nicht auseinander zu setzen, denn der Umgang mit Rechtsextremismus ist ja Sache des Bündnisses.“ (Hanneforth 2008: 338).

Wahlweise taugt diese Strategie zur Steigerung des lokalen Wohlbefindens („Wir machen ja etwas“) oder zur Delegation von Aufgaben an das Bündnis je nach Sichtbarwerdung neuer Problemlagen („Dafür ist das Bündnis zuständig“).



Tipps zum Vorgehen:

In diesem Beispiel, wie bei den beiden vorherigen Konfliktbeispielen auch, kommt es darauf an, solche Strategien möglichst rasch zu erkennen, offen zu thematisieren und entsprechend entgegenzusteuern.

1

Sprechen Sie wichtige Akteur_innen in der Kommune direkt an und bitten Sie sie um Unterstützung bei Ihrem Anliegen.

2

Machen Sie deutlich, dass das Bündnis sich dieses gesamtgesellschaftlichen Problems zwar angenommen hat, dieses aber nicht stellvertretend tun will, sondern sich eher in einer Rolle als Initiator und Koordinator sieht. Die Mitglieder des Bündnisses arbeiten ehrenamtlich und erwarten, dass andere ihr Vorhaben unterstützen, da es ja im gemeinsamen Interesse liegt. So können Fraktionen bewegt werden, das Thema im Gemeinderat einzubringen, Bürgermeister_in und Gemeinderat werden ermutigt, sich öffentlich zu positionieren, oder andere Partner_innen (z.B. Wirtschaft, Vereine, Kirche) unterstützen Sie, indem sie Ihnen etwas zur Verfügung stellen, das Sie benötigen (Laptop, Raum zum Plakate malen, Telefon).

3

Wenn es Ihnen gelingt, auch öffentlich anerkannte kommunale Meinungsführer_innen in die Bündnisarbeit zu integrieren, können Sie den Gedanken „Rechtsextremismus geht uns alle an“ sehr wirksam weiter transportieren und wiederum andere dazu motivieren, das Bündnis zu unterstützen.



Einblicke in die Praxis: Drei Interviews

Dieses Kapitel beleuchtet anhand konkreter Beispiele aus der Praxis verschiedene bereits in diesem Handbuch behandelte Themen. Drei Interviews mit Bündnissen aus unterschiedlichen Regionen und in unterschiedlichen Stadien der Zusammenarbeit bieten Einblicke in die Praxis der Bündnisarbeit. Dabei werden Schlaglichter auf die Mitgliedergewinnung, -motivation, die Gründung von Bündnissen sowie die Öffentlichkeitsarbeit und die Herausforderung an die dauerhafte Arbeit einer Gruppe gelegt.



Interview mit Dr. Roland Wiermann, Sprecher des „Bernburger Bündnisses für Demokratie und Toleranz – Gegen Rechtsextremismus und Gewalt“, Direktor des Museums Schloss Bernburg und engagiert im Bündnis seit 2007.

1

Welche persönliche Erfahrung/welches Ereignis hat dazu geführt, dass Sie sich in diesem Bündnis engagieren?

Vor gut zehn Jahren fanden vermehrt Kundgebungen und Veranstaltungen der NPD in und um Bernburg statt. Viele engagierte Bernburgerinnen und Bernburger organisierten spontane Gegendemonstrationen. Gleichzeitig wuchs aber die Unzufriedenheit darüber, dass dieser Gegenprotest ausschließlich als Reaktion auf Aktionen der rechtsextremen Szene heraus stattfand. Der Wunsch nach organisiertem, aktivem Handeln wurde immer stärker, so dass sich seit 2006 unter der Leitung von Kreisoberpfarrer Karl-Heinz Schmidt eine Arbeitsgruppe regelmäßig traf, um die Gründung für ein Bürger-Bündnis vorzubereiten.

Am 27. Januar 2007 fand schließlich in der Gedenkstätte für die Opfer der NS-Euthanasie in Bernburg die Gründungsveranstaltung des „Bernburger Bündnisses für Demokratie und Toleranz – Gegen Rechtsextremismus und Gewalt“ statt. Vertreterinnen und Vertreter der Stadt, des Landkreises, aller demokratischen Parteien, vieler Gewerkschaften, zahlreicher öffentlicher Einrichtungen und Verbände sowie erfreulich viele Einzelpersonen aller Altersstufen unterschrieben die Gründungserklärung.

Für mich waren es auch persönliche Gewalterfahrungen in Bernburg, die Anlass waren, mich gegen Gewalt (auch unpolitisch motivierte) zu engagieren.

2

Wie begegnen Ihnen Demokratiefeindlichkeit und Rassismus in Ihrer Stadt?

Wie wichtig die Gründung des Bündnisses war, wurde schon ein halbes Jahr später offensichtlich: Mitten in der Innenstadt, am Marktplatz, wurde im Herbst 2007 die Bundesgeschäftsstelle der Jungen Nationaldemokraten (JN) eingerichtet. Am gleichen Ort war seit Oktober 2006 der rechte Szene-Laden „Nordic Flame“ untergebracht. In diesem Gebäude finden seit Herbst 2006 vermehrt Treffen, Versammlungen, politische Schulungen und Freizeitaktivitäten von Rechtsextremisten statt. Im Mai 2008 wechselte der Laden in ein anderes Geschäftslokal gegenüber und präsentierte hinter großen Schaufenstern einschlägige Kleidung. Durch persön-

liche Gespräche mit dem Vermieter gelang dem Bernburger Bündnis die Kündigung des Mietvertrages, so dass die Geschäftsräume zum 31. August 2008 verlassen werden mussten.

Bei der schleichenden Ausbreitung Rechtsextremer in der Stadt wollten und wollen viele Bernburger nicht tatenlos zusehen. Unter dem Motto „Das Fass ist voll“ demonstrierten am 11. März 2008 ca. 800 Bürgerinnen und Bürger gewaltfrei gegen die Bundesgeschäftsstelle der JN in Bernburg. Die Teilnehmenden bildeten eine Menschenkette vom Markt bis zur Saale. In Anlehnung an das Motto reichten sie Eimer mit Saalewasser bis zum Marktplatz weiter und füllten dort ein Fass, das schließlich überlief.

Am 19. Dezember 2008 eröffnete die NPD im gleichen Gebäude, in dem sich auch die Bundesgeschäftsstelle der JN befindet, ihre Landesgeschäftsstelle. Das Bernburger Bündnis organisierte daher in dem Ladenlokal, in dem sich bis zum 31. August 2008 der „Nordic Flame“-Laden befand, eine Weihnachtsfeier unter dem Motto „Bunte Weihnachten“ mit viel Musik, Keksen und Tee. Die Teilnehmenden knüpften mitgebrachte Geschenkbänder zu einem langen bunten Band, das die Abgrenzung aller Bernburgerinnen und Bernburger gegenüber Rechtsradikalen symbolisieren sollte.

3 Welche Erfahrung/ welche Situation in der Bündnisarbeit hat Sie besonders bewegt? Was erlebten Sie als besonders motivierend?

Die Vorbereitungen im Vorfeld der Demonstrationen am Marktplatz in Bernburg waren von der Ungewissheit darüber geprägt, ob die Veranstaltungen gewaltfrei und ohne unvorhersehbare Zwischenfälle „über die Bühne gehen“. Als die Teilnehmenden, die Polizei und die Vertreter_innen der Politik schließlich da waren und die Veranstaltungen im Gange waren, erlebte ich eine Dynamik, die mir die Gewissheit gab, das Richtige zu tun. Durch das Zusammenrücken vieler Menschen unterschiedlicher Couleur und unterschiedlichen Alters wurde ein kreativer und aktiver Prozess in Gang gebracht, der Mut macht, das gemeinsame Ziel weiter zu verfolgen. In den Bündnistreffen, die unregelmäßig mindestens zwei Mal im Jahr stattfinden, werden viele kreative Ideen gemeinsam entwickelt. Es kommt nur

sehr selten zu internen Spannungen, so dass die Zeit und die Energie von vielen Motivierten positiv und effektiv genutzt werden kann.

4 Was sind für Sie die entscheidenden „Zutaten“ für eine gute Bündnisarbeit?

Für die Bündnisarbeit in Bernburg stellt sich die Mitarbeit vieler Verbände, aller demokratischen Parteien, des Landrates, der Bürgermeister und vieler Privatpersonen als überaus positiv heraus. Dadurch entstand ein Netzwerk innerhalb der Stadt, durch das unterschiedliche Kompetenzen (auch technische und logistische) sehr gut gebündelt werden können und sehr schnell abrufbar sind. Eine gute Zusammenarbeit mit den Behörden und der Polizei ist ein weiterer wichtiger Faktor für das Gelingen der positiven Bündnisarbeit in Bernburg. Unverzichtbar ist für uns zudem die stetige und kompetente Beratung durch die Mitarbeiter_innen von Miteinander e.V. [das regional zuständige Beratungsteam gegen Rechtsextremismus; die Red.].

5 Was waren für Sie die größten Schwierigkeiten in Ihrer bisherigen Bündnisarbeit und wie sind Sie damit umgegangen?

In den fast fünf Jahren seit dem Bestehen hat das Bernburger Bündnis einiges auf die Beine stellen können und kann auf Erfolge verweisen. Trotzdem kam es auch gelegentlich zu „Ermüdungserscheinungen“, insbesondere unter den fünf Sprechern, da sie die Hauptlast der Bündnisarbeit tragen und die Aktivitäten im Gang halten wollen. Da ist es immer wieder bestärkend, dass es einen erweiterten Kreis von verlässlichen Bündnismitgliedern gibt, die den Sprecherrat unterstützen. Gegenwärtig sind die ursprünglichen Probleme wie die Aktivitäten der JN oder anderer Neonazis in der Stadt glücklicherweise etwas in den Hintergrund getreten. Gleichzeitig rücken andere Ziele in den Mittelpunkt der Bündnisarbeit. In einer Ideenwerkstatt im Mai 2011 konnten neue Perspektiven formuliert werden.

6

**Was können zivilgesellschaftliche Bürgerbündnisse gegen Rechts-
extremismus leisten, was Politik und Sicherheitsbehörden nicht können?**

Der ganz große Vorteil von zivilgesellschaftlichen Bürgerbündnissen besteht darin, dass sich ganz unterschiedliche Menschen aus eigener Motivation zusammenschließen und ein gemeinsames Ziel verfolgen. Eine bürgerliche Geschlossenheit kann nicht von der Politik oktroyiert werden, sie unterliegt vielmehr einer Dynamik, die im gegenseitigen Respekt und nicht zuletzt durch gemeinsamen Spaß unter den Akteur_innen entsteht.



Interview mit einem Vertreter der Initiative „Alternatives Merseburg“¹

1

**Welche persönliche Erfahrung/welches Ereignis hat
dazu geführt, dass Sie sich in diesem Bündnis engagieren?**

Das „Bündnis gegen Rechts Merseburg“ befindet sich derzeit noch in seiner Gründungsphase: Nach einem schweren Neonaziangriff gegen mehrere Jugendliche in Merseburg am 25. April 2010 hat sich Anfang Mai 2010 die Initiative „Alternatives Merseburg“ mit dem Ziel gegründet, ein selbstverwaltetes Zentrum für alternative Jugendliche und junge Erwachsene zu etablieren.

Am 18. Mai 2011 lud die Initiative zu einem Treffen im KIZ Rosental ein. Hier stand die Frage im Vordergrund, welche Möglichkeiten es gibt, den für den 18. Juni 2011 angemeldeten Neonaziaufmarsch in Merseburg zu ver- bzw. behindern. Insgesamt folgten der Einladung etwa 35 bis 40 Interessierte aus Merseburg und

2

**Wie begegnet Ihnen Demokratiefeindlichkeit
und/oder Rassismus in Ihrer Gemeinde/in Ihrer Stadt?**

Umgebung und vereinbarten ein Folgetreffen für die darauffolgende Woche, um konkrete Aktivitäten zu besprechen, zu planen sowie weitere Akteur_innen zu gewinnen. In der Folgezeit kamen nochmal etliche weitere Menschen dazu, die in einem wöchentlichen Rhythmus an dem Ziel arbeiteten, Aktivitäten gegen den Neonaziaufmarsch zu planen. Daraus resultierten u.a. ein Blockadetraining im Vorfeld des Aufmarsches sowie eine Gegendemonstration und mehrere Kundgebungen am 18. Juni.

Bei der Auswertung der als erfolgreich eingeschätzten Gegenaktivitäten beschloss man, die Zusammenarbeit fortzusetzen und ein Bündnis gegen Rechts zu gründen, um lokale Akteur_innen künftig besser zu vernetzen und auch über konkrete Anlässe hinaus gegen Rechts aktiv zu werden.

Neonazistische, rassistische oder homophobe Parolen oder „Witze“ sind in der Schule, Ausbildung, auf der Straße oder sozialen Netzwerken wie Facebook im „normalen“ Sprachgebrauch anzutreffen, ohne dass die Inhalte reflektiert werden. Fast wöchentlich lassen sich neue neonazistische Aufkleber und Sprühereien im Stadtgebiet finden. Daneben treten in Merseburg immer mehr Jugendliche auf, die eindeutig rechte Bekleidungsmarken, Symbole oder Buttons zur Schau tragen. Genauso gehört Rechtsrock zum normalen Alltag vieler Jugendlicher.

Ende November 2011 wurde bereits zum fünften Mal die Stele für die ermordeten Sinti und Roma in Merseburg geschändet. Für all diejenigen, die als Alternative erkennbar sind, und damit von Rechtsextremen und Neonazis als politische Gegner_innen identifiziert werden, sind Beleidigungen, Bedrohungen, Verfolgungen bis hin zu körperlichen Angriffen Alltag in Merseburg. Ihre persönliche Sicherheit im öffentlichen Raum wird durch Beleidigungen wie „Scheiß Zecke“ oder „Scheiß Antifa“ beeinträchtigt. Die Bandbreite reicht von bedrohlich wartenden Neonazis vor Supermärkten, über Verfolgungen von Alternativen bis zu ihren Autos oder Wohnungen, bis hin zu zufälligen oder gezielten Gruppenangriffen.

¹ Auf eigenen Wunsch wurde der Interviewpartner hier nicht namentlich genannt.

3

Welche Erfahrung/welche Situation in der Bündnisarbeit hat Sie besonders bewegt/fanden Sie besonders motivierend?

Für uns war es motivierend, dass alle möglichen Leute aus verschiedensten Bereichen für ein gemeinsames Ziel zusammenkamen und innerhalb sehr kurzer Zeit eine effektive Arbeit möglich wurde. Es war auch schön zu sehen, dass Einzelne an der Sitzblockade gegen die Neonazidemonstration teilgenommen haben.

4

Was sind für Sie die entscheidenden „Zutaten“ für eine gute Bündnisarbeit?

Es bedarf eines tragfähigen und sinnvollen Grundkonsenses, einer auf Gleichberechtigung und Beteiligung ausgerichteten Kommunikation, die unterschiedliche Ausgangsvoraussetzungen berücksichtigt, Transparenz sowie gegenseitiger Anerkennung und Wertschätzung. Wichtig ist auch, dass sich eine größere Anzahl von Leuten kontinuierlich und langfristig engagiert, und die Zusammenarbeit verlässlich und verbindlich ist. Zudem bedarf es einer gemeinsamen und ggf. begleiteten Reflexion eigener rassistischer, sexistischer und anderer herabwürdigender Einstellungen und Verhaltensweisen. Natürlich muss eine solche Arbeit auch mit Geld ausgestattet sein, um beispielsweise Flyer drucken, Transparente herstellen oder Aufwandsentschädigungen für Fahrtkosten etc. zahlen zu können.

5

Was waren für Sie die größten Schwierigkeiten in Ihrer bisherigen Bündnisarbeit und wie sind Sie damit umgegangen?

Schwierig war es, wenn immer wieder dieselben Leute redeten und damit nicht darauf achteten, dass andere der Diskussion folgen konnten. Zum Beispiel wurden teilweise Erfahrungen vorausgesetzt, die Grundlage für die Diskussion bzw. Zusammenarbeit waren, über die aber nicht alle verfügten. In Teilen mangelte es auch bei einzelnen Akteur_innen im Bündnis an Anerkennung und Wertschätzung gegenüber Jüngeren und insbesondere junger Frauen, oder aber an Respekt gegenüber alternativen Lebensstilen.

6

Was können zivilgesellschaftliche Bürgerbündnisse gegen Rechts-Extremismus leisten, was Politik und Sicherheitsbehörden nicht können?

Zivilgesellschaftliche Bürgerbündnisse können sensibilisierend in die Gesellschaft hinein wirken und Bürger_innen direkt ansprechen. Mit Aktivitäten wie öffentliche Bündnistreffen und Infoveranstaltungen, die über die Auseinandersetzung mit Neonaziaufmärschen hinaus gehen, können Menschen auf Tendenzen wie Neonazismus, Rassismus, Antisemitismus oder der Benachteiligung gesellschaftlicher Minderheiten aufmerksam gemacht werden. Zudem ist auch praktische Solidarität mit Betroffenen rechter Gewalt aus Bündniszusammenhängen wichtig und möglich.



Interview mit Peter Lehmann, Sprecher des „Bürger-Bündnisses Wernigerode für Welt-offenheit und Demokratie“ von 2001 – 2011

1

Welche Hintergründe und Voraussetzungen waren in Wernigerode für die Entstehung eines Bündnisses gegeben?

Als sich im Jahr 2000 ausländerfeindliche, antisemitische und andere rechtsextrem motivierte Gewalttaten häuften, kam es auch in Wernigerode zu Überfällen auf Studierende der Hochschule. Kreistag und Stadtrat riefen in Resolutionen zu „Keine Toleranz gegen Rechts“ auf. Im Januar 2001 konnte nur mit Mühe ein Nazi-Aufmarsch in der Stadt verhindert werden. Das schreckte Bürgerinnen und Bürger aus allen politischen Richtungen auf: „Wir Demokraten müssen uns besser miteinander verbinden“. Im Ergebnis schlossen sich am 15. März 2001 unter Schirmherr-

schaft des Oberbürgermeisters 42 Bürgerinnen und Bürger zum „Bürger-Bündnis Wernigerode für Weltoffenheit und Demokratie“ zusammen (heute sind es rund 100). Sie kamen aus allen Parteien, die auch im Stadtrat vertreten waren, aus Kirche und Verwaltung, aus Hochschule und Presse, aus Gewerkschaft und unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten. Es wurde kein Verein gebildet, sondern ein zivilgesellschaftliches offenes Verbündnis, bei dem es darum geht, „Gesicht zu zeigen“, gegen „Gefahren durch rechte Gewalt“ einzutreten und für „Offenheit und Toleranz“ einzustehen. Ein kleiner Sprecherkreis wurde gegründet und eine Vernetzung per E-Mail und Telefon für Information und schnelle Aktivitäten erstellt. Wichtig war uns von Anfang an, dass wir selber Toleranz üben, unabhängig von parteipolitischen und religiösen Anschauungen, gesellschaftlichen und beruflichen Aufgaben und Funktionen. Nach wie vor halte ich diesen gegenseitigen Respekt der Demokraten trotz aller gegensätzlicher Positionen für eine unabdingbare Voraussetzung beim gemeinsamen Einstehen für Demokratie und Weltoffenheit.

2 Welche Schritte haben Sie zum Aufbau des Bündnisses unternommen?

Bereits bei der Gründung des Bürger-Bündnisses haben wir darauf geachtet, dass alle gesellschaftlichen Kräfte im zehnköpfigen Sprecherkreis vertreten sind. Die Parteien von CDU bis Linke (damals noch PDS) wurden gebeten, je einen Vertreter zu benennen. Dazu kamen Vertreterinnen bzw. Vertreter von Kirche, Schule, Jugendarbeit, Stadtverwaltung, Kaufmannsgilde und Hochschule.

Über ein Netzwerk von E-Mail-Adressen konnten wir uns immer sehr schnell informieren und verständigen. Interessierte Bürgerinnen und Bürger konnten ihre Adresse hinterlegen, um in den Austausch eingebunden zu werden. Gleichzeitig haben wir im Laufe der Zeit einen Austausch mit den Nachbarstädten Halberstadt und Quedlinburg (jetzt alle im Landkreis Harz) organisiert. In losen Abständen treffen sich die Sprecherinnen und Sprecher auch zur Verabredung von Aktionen und Veranstaltungen.

Darüber hinaus wurden wir Mitglied des landesweiten Netzwerkes und tauschen uns bis heute mit Aktivitäten in anderen Städten des Landes bzw. auch nach Niedersachsen aus (Netzwerk Harz). Informationen erhalten wir von der Amadeu-Antonio-Stiftung, von Pro Asyl, dem Flüchtlingsrat, dem Miteinander e.V. u. a. Netzwerken. Teilweise arbeiten einige aus dem Bürger-Bündnis auch aktiv in entsprechenden Vereinigungen mit.

Ein wesentlicher Punkt von Beginn an war ein enger Kontakt zur örtlichen Presse. Durch deren Einbindung ist immer Öffentlichkeit hergestellt, entweder durch kurze eigene Beiträge oder durch Leserbriefe.

3 Gab es Hürden zu überwinden?

Da von der Gründung an alle gesellschaftlichen Kräfte eingebunden waren, gab es keine erkennbaren Widerstände. Im Gegenteil, im Laufe der Zeit wurden wir für viele zu Ansprechpartnern.

Unterschiedlich enge Kontakte bestehen zum Polizeirevier. Leider ist dies auch immer von den handelnden Personen und deren Engagement abhängig. Durch die Polizeistrukturenreform sind leider manche guten Verbindungen derzeit nicht vorhanden.

Ebenfalls ist es bis heute nicht gelungen, Handwerker und Gewerbetreibende bzw. überhaupt die Wirtschaft enger in das Bürger-Bündnis einzubeziehen. Natürlich gibt es Einzelne, die sich stark engagieren.

Eine wirkliche Hürde sind fehlende finanzielle Mittel. Da wir uns bis heute nicht entschließen können, einen Verein zu gründen, können wir Veranstaltungen oder Aktionen nur über Spenden finanzieren. Wir sind auf allen Ebenen des Landes und des Bundes nicht antragsberechtigt. Wenn wir Fördermittel aus Bundesprogrammen beantragen wollen, müssen wir uns immer eines Trägervereins bedienen. Anfangs war dies der Kreisjugendring, heute ist es der Kunst- und Kulturverein der Stadt.

4 **Wie konnten Sie Mitstreiter_innen zum Mitmachen gewinnen?**

In den ersten Jahren haben wir uns weitgehend auf Aktionen aus aktuellem Anlass beschränkt. Das waren meist Gegendemonstrationen zu Nazi-Aufmärschen und andere Aktionen aus der rechtsextremen Szene. Wir hatten es dabei sowohl mit Kameradschaften als auch mit Führungskräften der NPD zu tun. So wurden sowohl ein „Kehraus“ mit Besen auf der Straße veranstaltet als auch die Verhinderung der Verteilung von Schulhof-CDs der Rechtsextremen. Für solche punktuellen Aktivitäten war es möglich, spontan 400- 500 Menschen aus der Stadt und den umliegenden Ortschaften zu mobilisieren

Wir haben niemals versucht, Bürgerinnen und Bürger längerfristig in ein Vorhaben einzubinden. Vielmehr haben wir Einzelne persönlich angesprochen, wenn eine Ausstellung, ein Vortrag, eine Veranstaltung zu organisieren war. Über das Netzwerk der Information stellen sich Einzelne auch meist gern zur Verfügung. Es muss jeder und jede auch die Möglichkeit haben, zu sagen, dieses Mal kann ich nicht dabei sein und mitmachen.

5 **Welche Strategien verfolgen Sie, um das Bündnis nachhaltig in der Region zu verankern?**

Nach zehn Jahren fand nicht nur in der Sprecherfunktion des Bürger-Bündnisses ein Wechsel statt. Wir versuchen gerade, uns neu auszurichten. Da offensichtlich die bisherige Strategie einer „wehrhaften Demokratie“ funktioniert hat und bereits seit längerer Zeit vor Ort keine auffälligen politischen Aktionen „von Rechts“ erfolgen, denen Widerstand entgegen zu setzen ist, setzen wir jetzt mehr auf die Strategie „Demokratie stärken“.

Derzeit beteiligen wir uns an dem Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ des Bundesministerium des Inneren, mit dem „demokratische Teilhabe“ gefördert wird. Dabei kommt es auf die Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft, Kommune und Wirtschaft an. Wir wollen durch eine Reihe von Veranstaltungen und durch

Aktivitäten in Internet-Netzwerken vor allem die „Mitte der Gesellschaft“ ansprechen, in der nach wissenschaftlichen Analysen und auch dem Sachsen-Anhalt-Monitor verstärkt rechtsextremes Gedankengut angekommen und verankert sind. Kurz: Unsere Strategie ist ein „niedrigschwelliges Bildungsprogramm“ für Bürgerinnen und Bürger. Derzeit sind wir aber noch in der Entwicklungsphase.

6 **Hat sich die Arbeitsweise des Bündnisses im Laufe der Jahre verändert? (von anlassbezogener Arbeit zu kontinuierlicher Arbeit)**

Eigentlich ist die Antwort schon mit der vorherigen Frage gegeben. Hier nur eine Ergänzung: Kontinuierliche Arbeit des Bürger-Bündnisses steht und fällt mit den Möglichkeiten einzelner Personen in ihrem ehrenamtlichen Engagement. Als Bündnis stehen uns weder Büro noch Mitarbeiter zur Verfügung. Sofern ein engagierter Pensionär oder eine Vorruehändlerin zur Mitarbeit bereit sind, die über Organisationstalent und Kommunikationsfähigkeiten verfügen, dann wird das unsere kontinuierliche Arbeit unterstützen.

7 **Wie können neue Mitglieder – mit neuen Ideen – in bestehende Strukturen eingebunden werden?**

Da wir keine „Mitglieder“ haben, kann ich nur so viel sagen: Wer nach dem Bürger-Bündnis fragt oder sich erkundigt, gibt immer auch an: „Ich möchte mitarbeiten“. Dann kommt es darauf an, die Möglichkeiten eines Engagements zu erkunden (von Internetbetreuung bis Abrechnungen machen, von Beobachtung anderer Aktivitäten und deren Weitergabe bis zu Einladungen schreiben). Feste Strukturen haben wir im Bürger-Bündnis nicht. Alle Zusammenkünfte, auch die des Sprecherkreises, sind grundsätzlich offen. Alle Ideen sind willkommen und werden dann gemeinsam beraten. Wer Demokratie stärken will, muss Demokratie auch praktizieren.

09 Handwerkskasten Bündnisarbeit



In diesem Handwerkskasten befinden sich die wichtigsten Werkzeuge guter Bündnisarbeit: Checklisten zum Überprüfen der eigenen Arbeit, für die Vorbereitung und Moderation von Sitzungen, für die Öffentlichkeitsarbeit u.a.m. Sie dienen einem ersten Einblick in diese Themen, können jedoch den Profi-Werkzeugkasten leider nicht ersetzen – dann müsste dieses kleine Buch auf das Mehrfache seiner Größe anschwellen. Daher haben wir verschiedene Literaturtipps eingefügt, da es zu vielen der hier angesprochenen Fragen eine Fülle sehr gut aufbereiteter Praxis-Handbücher gibt.

1. Bündnis-Check: Wie gut läuft unsere Bündnisarbeit bisher?

Qualitätsmerkmal

ja/nein warum nicht? wie ändern?

Beteiligung

- Alle wesentlichen Akteur_innen sind Mitglied im Bündnis
- Alle Bündnismitglieder bringen sich inhaltlich ein
- Mindestens 20 % der Mitglieder spielen bei der Umsetzung der Bündnisaktivitäten eine aktive Rolle

--	--	--

Beziehungen zwischen den Bündnismitgliedern

- Informationen werden regelmäßig ausgetauscht
- Die Beziehungen führen zu gemeinsamem Handeln

--	--	--

Spielregeln

- Das Bündnis hat Regeln
- Diese Regeln werden eingehalten
- Missverständnisse und Missstimmungen werden rechtzeitig erkannt und bearbeitet

--	--	--

Ziele und Maßnahmen

- Die Bündnismitglieder haben sich auf gemeinsame Ziele geeinigt
- Die Bündnismitglieder haben sich auf Maßnahmen geeinigt
- Das Bündnis erreicht selbst gesteckte Ziele
- Die Bündnismitglieder bewerten das Bündnishandeln positiv.

--	--	--

Leitung/ Koordination

- Das Bündnis hat eine Bündniskoordination

--	--	--

Moderation

- Bündnistreffen werden zielorientiert moderiert
- Die Methoden sind geeignet, alle Beteiligten in die Diskussionen und in die Arbeit einzubeziehen

--	--	--

Neuerungen

- Das Bündnis ist fähig, neue Ideen und Vorgehensweisen zu entwickeln

--	--	--



2. Bündnissitzungen

Die Bündnissitzungen sind das Kernelement der strategischen Arbeit eines jeden Bündnisses. Hier treffen sich die Mitglieder, verhandeln, diskutieren und beschließen gemeinsame oder getrennt voneinander stattfindende Aktionsformen. Hier finden Sie eine kleine Checkliste zur Vorbereitung und Durchführung einer Bündnissitzung.



Checkliste Moderation



1. Versammlung vorbereiten

.....

Tagesordnung

- ➔ Bedenken Sie Sinn, Zweck und übergeordnete Ziele der Sitzung. Was ist gerade wichtig für diese Gruppe?
- ➔ Fragen Sie Themenwünsche für die Tagesordnung bei den Mitgliedern ab und überlegen Sie eigene Punkte für die Tagesordnung. Klären Sie die Gesprächsziele der einzelnen TOPs: Information (I), Diskussion (D), Entscheidung (E)
- ➔ Wer bringt welche Themen ein? Nur weil Sie die Sitzung leiten, müssen Sie nicht alle Themen referieren
- ➔ Sind alle Themen für eine Plenumsdiskussion geeignet?

Raum

- ➔ Welche Anordnung von Tischen und Stühlen ist für Ihren Zweck geeignet?
- ➔ Brauchen Sie Material oder Technik? Wer macht den Aufbau?

Einladung und Ablauf

- ➔ Wie kann die Einladung neugierig machen/Sympathie wecken?
- ➔ Wer muss wie lange vorher eingeladen werden?
- ➔ Zeitplan (Welcher Punkt braucht wie lange, Pausen)?
- ➔ Helfen bei einem TOP bestimmte Methoden, ein besseres Ergebnis zu erreichen? (z.B. Brainwriting oder Mindmap für Ideensammlung, Kugellager oder Kleingruppen für Diskussion, Punkten oder Abstimmung für Auswahl, ...) Wer kann diese Methoden anleiten?
- ➔ Müssen Infos und Unterlagen mitgeschickt werden?
- ➔ Versenden der Einladung mit Vorschlag zur Tagesordnung

Diskussionsleitung und Protokoll

- ➔ Wer leitet die Versammlung?
- ➔ Wer führt Protokoll?

Beziehungsebene

- ➔ Welche Personen haben welche Einstellungen zu den Themen?
- ➔ Welche Einstellungen/Erwartungen haben die Teilnehmer_innen untereinander?
- ➔ Welche Persönlichkeiten werden auftreten:
Dauerredende, Interessierte, Expert_innen, kritische Oppositionelle, Fragende, Spaßmacher_innen, Schüchterne. Wie gehe ich mit ihnen um?



2. Versammlung durchführen

.....

- ➔ Begrüßen Sie die Teilnehmer_innen wertschätzend („Publikumskompliment“)
- ➔ Die geplante Tagesordnung ist ein Vorschlag, nehmen Sie thematische Bedarfe der Teilnehmenden auf
- ➔ ggf. Vorstellungsrunde, wenn sich nicht alle kennen
- ➔ Letztes Protokoll auf die Erledigung wichtiger Punkte durchgehen
- ➔ TOPs gemäß Priorität, Zielsetzung und Zeitvorgabe abarbeiten
- ➔ Bei jedem Punkt benennen (lassen), was das Ziel ist (Information/ Ideenfindung/ Entscheidung; Verantwortlichkeiten festlegen; ...)
- ➔ Tipps und Tricks für die Diskussionsleitung:
 - ① Steuern Sie die Diskussion durch offene und lösungsorientierte Fragen („Wie können wir dieses Problem lösen?“, „Welche anderen Ideen gibt es, die uns weiterhelfen können?“, „Welche Frage liegt diesem Konflikt zugrunde, an dem wir gerade hängen?“).



- 2) Gehen Sie immer wertschätzend mit Teilnehmenden und ihren Beiträgen um.
- 3) Lassen Sie in Diskussionen alle Aspekte und Meinungen zu Wort kommen. Jedes Argument zählt und kann die Sache voranbringen.
- 4) Beziehen Sie ruhige Gesprächsteilnehmer_innen gezielt durch Fragen ein.
- 5) Machen Sie Ihren Rollenwechsel deutlich, wenn Sie sich für ein Thema engagieren wollen. Geben Sie dazu evtl. die Gesprächsleitung ab.
- 6) Versuchen Sie, aufkommende Konflikte so zu bearbeiten, dass die Gruppe arbeitsfähig bleibt. Achten Sie dabei auf ein gutes Gesprächsklima und lassen Sie keine persönlichen Angriffe zu.
- 7) Behalten Sie die Ziele im Auge und kommen Sie immer auf das Thema zurück.
- 8) Heben Sie Positives heraus, kritisieren Sie Beiträge und nicht Personen.
- 9) Störungen haben Vorrang! Sie behindern das Weiterarbeiten und müssen zuerst gelöst werden. Hinter vermeintlichen Störungen können sich auch wichtige Argumente verbergen, die Sie besser aufdecken.
- 10) Achten Sie immer auf die Zeit, beauftragen Sie evtl. Zeitwächter_innen und moderieren Sie zielorientiert.
- 11) Pausen stärken oft die Effektivität eines Treffens. Sie erhöhen die Konzentrationsfähigkeit, außerdem entstehen in „ungeregelter“ Kommunikation manchmal die besten Ideen.

- ➔ Fassen Sie Ergebnisse zusammen, wiederholen Sie Wichtiges (nicht jeder hat schon beim ersten Mal alles mitbekommen), visualisieren Sie wichtige Ergebnisse (Flipchart o.ä.).
- ➔ Achten Sie bei Entscheidungen darauf, dass alle wesentlichen Bedenken in die Entscheidung eingeflossen sind und vergewissern Sie sich, dass alle Teilnehmer_innen das Ergebnis mittragen können.
- ➔ Beim Beschluss von Aufgaben: festhalten, (1) wer (2) was (3) bis wann machen will.
- ➔ Danken Sie zum Abschluss den Anwesenden mit einem wertschätzenden Schlusswort.

3 Ausklang

.....

- ➔ Nehmen Sie die Verabredungen unbedingt zur Überprüfung auf die nächste Tagesordnung (Wer macht was bis wann?).
- ➔ Da Sie ja zielorientiert moderiert haben, ist jetzt noch Zeit für entspannte Gespräche im Nachgang, z.B. in der Kneipe. Wer dazu keine Zeit mehr hat, hat trotzdem nicht das Wesentliche verpasst.

3. Öffentlichkeitsarbeit

Bündnisse gegen Rechtsextremismus wollen etwas verändern. Sie wollen aufklären, in Frage stellen, Menschen zum Nachdenken und zum Mitmachen bewegen. Um all dies zu erreichen, müssen sie mit anderen in Kontakt kommen – direkt, durch persönliche Ansprache oder indirekt über Medien aller Art. Ohne Öffentlichkeitsarbeit kann also das wesentliche Ziel von Bündnissen gegen Rechtsextremismus nicht erreicht werden.

Hier einige hilfreiche Tipps für die Öffentlichkeitsarbeit:

Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit

- Pressemitteilungen
- Events, Aktionen, Veranstaltungen
- Internet nutzen: von Facebook bis zur Homepage
- Printmedien: Plakate, Flyer, T-Shirts, Transparente, Aufkleber
- Corporate Design: einheitliches Erscheinungsbild auf Faltblatt, Homepage, Presseerklärung, T-Shirt usw. durch Logo, gleiche Schriftart, gleiche Farben





Die Pressemitteilung

- Pyramidenaufbau der Nachricht: erst die zentrale Neuigkeit (Wer – Was – Wann – Wo), dann das Warum und schließlich die Hintergründe
- Inhaltliche Ausuferungen vermeiden -> weniger ist mehr
- Klare und deutlich verständliche Botschaft
- kurze Sätze
- Keine Abkürzungen
- Genügend Zeit einplanen für Schreiben, Korrektur lesen, überarbeiten

Pressekontakte

- 1– 2 feste Ansprechpartner_innen => Vertrauensverhältnis aufbauen, Kontakt pflegen
- ein „Gesicht“ für das Bündnis
- einen lokalen Presseverteiler erstellen

Rechtliches

- Impressum: in allen Veröffentlichungen muss ein Impressum enthalten sein, das mindestens Namen und Anschrift der Herausgeber_innen enthält.
- Fotorechte beachten: Schriftliches Einverständnis der Urheber_innen und der abgebildeten Personen für eine Veröffentlichung einholen.



Zur Öffentlichkeitsarbeit für Vereine und politische Gruppen existiert eine Fülle von Literatur. Für den Einstieg eignet sich auch der Wegweiser Bürgergesellschaft:

<http://www.buergergesellschaft.de/praxishilfen/oeffentlichkeitsarbeit-fuer-jugendinitiativen/>

4. Ideenfindung

Gute Ideen werden immer wieder gebraucht: wenn es darum geht, pffiffige Aktionen für eine Demo zu entwickeln, oder wenn man mit nur ganz wenigen Personen eine Aufsehen erregende Aktion auf die Beine stellen will, oder um einen eingängigen Slogan zu entwickeln. In solchen Situationen lohnt es sich immer, Kreativitätsmethoden einzusetzen. Beim ersten Mal sind viele noch skeptisch, aber da die Ergebnisse sehr viel zahlreicher sind als beim üblichen „Wir überlegen mal“, sind regelmäßig auch mehr gute Ideen dabei, so dass der Einsatz der Methoden sich immer lohnt.

Brainstorming ist die bekannteste Methode

- 1 Frage formulieren
- 2 Alle liefern so viele Ideen wie möglich in 5 Minuten, auch scheinbar unsinnige oder unrealistische Einfälle werden aufgeschrieben
- 3 Alle Ideen werden für alle sichtbar mitgeschrieben, denn das regt wieder zu neuen Ideen an
- 4 Aus dem Ideenpool werden die besten herausgefiltert, diskutiert, und die Gruppe wählt aus, was sie umsetzen will

Kopfstand

Bei dieser Methode wird überlegt, wie das Gegenteil des eigentlichen Ziels erreicht werden könnte: „Was müsste passieren, damit unser Ort ein Eldorado für Rechts-extreme wird?“ „Wie können wir erreichen, dass niemand zu unserer Demonstration kommt?“ Aus diesem Gedankenspiel lassen sich gute Anregungen gewinnen.

Weitere Methoden finden sich hier



<http://www.buergergesellschaft.de/praxishilfen/kreativitaetstechniken/die-techniken/fantasiephase/103843/>



5. Aktionsideen

Neben der inhaltlichen Aufklärung über Nazistrukturen und die Gefahren, die der Rechtsextremismus für unsere Gesellschaft darstellt, sind auch kreative und witzige Aktionen gut geeignet, um auf den Protest aufmerksam zu machen und Sympathien auf sich zu ziehen. Dies öffnet so manches Herz und manchen Kopf, die sonst vielleicht bei der Haltung „geht mich nichts an“ geblieben wären.

Am lebendigsten und überzeugendsten wirken oft Aktionen, die man sich selbst ausgedacht hat. Dabei können Ihnen die Ideenfindungsmethoden (s.o.) helfen.

Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl an Ideen für clevere Aktionen gegen Hass und Intoleranz, aus denen wir hier nur einige wenige beispielhaft nennen können. Nutzen Sie diese als Inspirationsquelle, um daraus eigene Ideen zu entwickeln, die auf Ihre Problemlage vor Ort passen, und die Sie gut umsetzen können.

Mitmachaktionen

- ➔ „Heb Deine Hand für Courage“: Passant_innen können ihre Hand auf farbiges Papier abzeichnen, ausschneiden und mit einem Spruch oder Bild zum Thema versehen. Die Hände werden an einer Leine für alle sichtbar aufgehängt.
- ➔ „Gesicht zeigen gegen Hass“: Bürger_innen lassen sich porträtieren und geben ein Statement ab. Die Fotos können im Internet oder in einer Ausstellung veröffentlicht werden

Satire/ theatrale Aktionen

- ➔ Storch Heinar tritt auf
- ➔ die Front Deutscher Äpfel hält Reden: „Keine Überfremdung des deutschen Obstbestandes mehr! Südfrüchte raus! Weg mit faulem Fallobst!“ (www.apfelfront.de)



- ➔ Erste Hilfe für die Demokratie: Mit Arztkitteln, Mundschutz und Kopfhülle; Verteilen von Ersthelferausweise für die Demokratie (mit Infos zu Thema) nach dem Motto „Vorbeugen ist besser als heilen“

Nazis konfrontieren

- entlang der Demonstrationsroute hängen Plakate, die sich offensiv und klar gegen Neonazis aussprechen
- aus Lautsprechern ertönen Lieder, die sie nicht gern hören

Nazis übertönen

- Glocken läuten während der Nazi-Kundgebung, so dass sie nicht zu hören sind

Präventive Aktionen

- ➔ Begegnungen mit Menschen anderer Hintergründe organisieren, z.B. mit dem Konzept „Triff Dein Vorurteil“/ „Lebendige Bibliothek“. Die „Bücher“ sind Menschen, die von anderen mit Vorurteilen betrachtet werden (andere Nationen/ Hautfarbe/ Religion/ Lebensstile/ Funktionen: Pole, Imam, Manager, Schwarzer, Lesbe, Punker, ...)
- ➔ Gräuere der Nazizeit erfahrbar machen durch das Beschäftigen mit Biografien von Menschen, die verfolgt wurden

Mehr Ideen finden Sie u.a. hier

- www.netz-gegen-nazis.de/handeln/12fragen
- www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/
- <http://www.go-stop-act.de/>



6. Infostände

Ein häufig genutztes Instrument der Öffentlichkeitsarbeit sind Infostände. Der Erfolg des Infostandes hängt entscheidend von der Gestaltung und vom Verhalten des Standpersonals ab.

Anmeldung

Ein Infostand, der nicht als Teil einer größeren Veranstaltung durchgeführt wird, muss bei der Kommune angemeldet werden.

Positionierung

Der Stand sollte natürlich an einem Ort stehen, wo viele Menschen vorbeikommen, die auch etwas Zeit haben (z.B. Marktplatz).

Sicherheit

Ist die Polizei informiert? Gibt es einen Plan, was im Falle eine Bedrohung getan wird?

Ausstattung/ Material

Der Stand sollte auffällig gestaltet sein (optisch und/ oder akustisch) und schon von Weitem neugierig machen. Aus der Nähe muss er immer noch interessant, aber „ungefährlich“ wirken (man wird nicht festgequatscht, kann sich erst einmal unverbindlich umsehen).

- 1 Großflächiges Werbematerial (Transparent, Plakate) mit dem Namen des Bündnisses oder zentralen inhaltlichen Anliegen.
- 2 Mitmach-Aktion (s.u.)
- 3 Informationsmaterialien
- 4 Kontaktdaten des Bündnisses

Verhalten am Stand

Erfolg in der Ansprache potentiell interessierter Bürger_innen haben Sie, wenn Sie offen und freundlich auf Passanten zugehen. Legen Sie sich dafür einen kurzen Satz bzw. eine auflockernde Frage für den Einstieg zurecht. Gleichzeitig brauchen Sie ein Gespür dafür, wer gerade lieber in Ruhe gelassen werden möchte.

Mitmach-Aktionen

Bsp.

Ein reiner Informationsstand mit viel Papier und wenig interessant wirkenden Materialien wird von den meisten Passant_innen gemieden. Bieten Sie daher kleine zusätzliche Aktionen an, die man „im Vorbeigehen“ machen kann. Bei dieser Aktion ist schnell das Eis gebrochen und man kommt ins Gespräch.

- Quiz zum Thema
- Unterschriftenliste
- Meinungswand für alle, z.B. mit Ideen, wie die Gesellschaft offener/ demokratischer werden kann, was man gegen Nazis tun kann o.ä.
- Passant_innenbefragung mit Mikrofon (evtl. in Kooperation mit einem regionalen freien Radiosender)
- mit Kreide Botschaften aufs Pflaster malen (da man sich dafür bücken muss, machen hier meist nur jüngere Leute mit)
- Familien sprechen Sie am besten an, wenn Sie allen Generationen ein themenbezogenes Angebot machen können: den Kindern z. B. Mal-Aktionen, Schreibwerkstätten, Fotoaktionen mit ‚Gesichtzeigen‘, den Eltern oder Großeltern Gesprächsangebote, Informationsmaterialien, aber auch öffentliche Aktionen, an denen sie sich aktiv beteiligen können wie z. B. Quizfragen oder Fotoaktionen.
- Essen und Trinken: geht immer. Vorschriften für den Ausschank beachten!

7. Projektideen umsetzen

Ein Projekt ist ein gemeinsames Vorhaben, das zeitlich befristet ist und ein bestimmtes Ziel verfolgt: z.B. eine Begegnungsveranstaltung zwischen Deutschen und Migrant_innen zum Abbau von Vorurteilen, oder eine Benefizversteigerung für Opfer rechtsextremer Gewalt.



Schritte der Projektentwicklung

Bei der Projektentwicklung geht man in vier Schritten vor:
① Idee → ② Planung → ③ Durchführung → ④ Auswertung

... Zur Ideenfindung vgl. den Abschnitt hier im Handwerkskasten.

Aus der Idee wird ein Vorhaben – Die Projektplanung

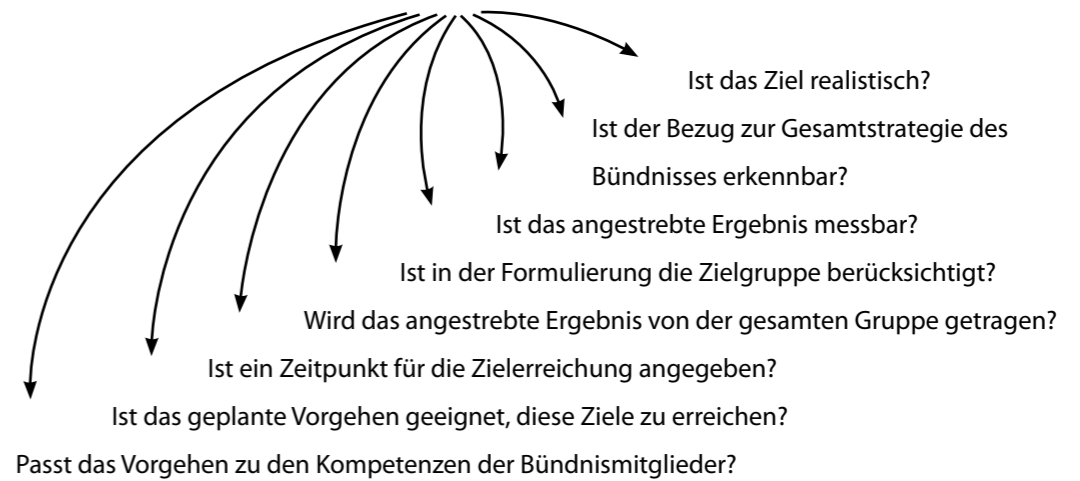
Um sich bei der Projektplanung zu orientieren, hilft es, sich an die so genannten W-Fragen zu halten. Insbesondere wenn Sie die Unterstützung weiterer Partner_innen (Kooperationspartner_innen, Geldgeber_innen u.a.) brauchen, sollten Sie diese Fragen beantworten können, um Ihre Partner_in von dem Vorhaben zu überzeugen.

Stellen Sie sich diese Fragen

- ➔ Wer sind wir?
- ➔ Warum wollen wir etwas tun? Welche Probleme oder Missstände sehen wir? Welchen Bedarf wollen wir abdecken (Situationsanalyse der Ausgangslage)
- ➔ Wohin sollen unsere Aktivitäten führen? (Ziele, s.u.)
- ➔ Für wen und mit wem wollen wir etwas tun? (Zielgruppe)
- ➔ Was wollen wir tun? (Projektbeschreibung)
- ➔ Wie wollen wir arbeiten? (Methodische Umsetzung)
- ➔ Wann sollen welche Aktivitäten umgesetzt werden? (zeitlicher Ablauf)
- ➔ Wo soll das Projekt stattfinden? An welchen Standorten und in welchem Umfeld soll es realisiert werden? (Wirkungsbereich)
- ➔ Für wen und mit wem wollen wir etwas tun? (Zielgruppe)
- ➔ Durch wen soll die Arbeit geschehen? Gibt es ehrenamtliche oder hauptamtliche Mitarbeiter_innen, wenn ja, wie viele? Welche Kompetenzen haben/brauchen diese? (personelle Ressourcen)
- ➔ Womit wollen wir arbeiten? Welche sachlichen und finanziellen Mittel brauchen wir? (Kosten- und Finanzierungsplan)

8. Zielentwicklung

Viele Gruppen formulieren zu hochgesteckte oder schwammige Ziele, so dass am Ende der Eindruck bleibt, nie das Gewünschte zu erreichen. Das lässt sich durch die Beachtung einiger Fragen verhindern:



9. Fundraising

Wer Ideen hat, braucht auch Mittel, um sie umzusetzen. Das müssen nicht unbedingt finanzielle Mittel sein: oft helfen Sachspenden, Leihgaben oder die Unterstützung durch Know-how, Räume u.a. Aber wenn nicht alle Flyer und Aktionsmaterialien aus der eigenen Tasche bezahlt werden sollen, braucht das Bündnis irgendwann Zugang zu weiteren Finanzierungsquellen.



Eine (unvollständige) Übersicht über mögliche Geldquellen finden Sie hier:
http://freiwilligen-agentur.de/?page_id=86 unter „Übersicht Fördermöglichkeiten“.

Um erfolgreich Mittel einzuwerben, ist es hilfreich, über Grundzüge des Fundraising wie Sponsoring, Spenden, Ansprache, Antragstellung, Kosten- und Finanzierungsplan Bescheid zu wissen. Einen guten Einstieg bietet dafür die Stiftung Mitarbeit:
<http://www.buergergesellschaft.de/praxishilfen/fundraising/>



10. Wissensmanagement

Wissensmanagement klingt sehr anspruchsvoll, bezeichnet aber etwas ganz Einfaches: Die Aufgabe, das Wissen des Bündnisses von Einzelpersonen zu lösen und dem Gesamtbündnis zur Verfügung zu stellen.

Hintergrund ist die Erfahrung, dass natürlicherweise die Hauptaktivist_innen des Bündnisses am besten Bescheid wissen, wo man den Pavillon für den Infostand ausleihen kann, wie man die E-Mails des Bündnisses abrufen, wer Ansprechpartner_innen bei der Polizei sind und wo deren Telefonnummern stehen, oder wo die Vorlage für den Demo-Aufruf ist. Wenn eine zentrale Akteur_in ausfällt, z.B. wegen Krankheit, fehlt dem Bündnis möglicherweise ein Teil seines „Gedächtnisses“, es ist in diesen Feldern nicht handlungsfähig bzw. man muss von vorn anfangen. Daher sollten wichtige Informationen (Adressen, Protokolle, Fotos, ...) von Anfang an gesichert und an einem Ort abgelegt werden, der mehreren Personen bekannt und zugänglich ist.

11. Versammlungs- und Veranstaltungsrecht

- 1 In Deutschland besteht Versammlungsfreiheit, d.h. jeder hat das Recht, eine Versammlung unter freiem Himmel zu organisieren und durchzuführen und an ihr teilzunehmen.
- 2 Zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit muss die Versammlung angemeldet werden. Die Ordnungsbehörden (Ordnungsamt oder bei politischen Demonstrationen i.d.R. die Polizeibehörde) begleiten die Versammlung zu Ihrem Schutz und um die Einhaltung eventueller Auflagen zu überwachen.
- 3 Rechtlich umstritten sind Blockaden, d.h. das Verhindern anderer Demonstrationen, die ebenfalls durch das Grundgesetz geschützt sind. Die Polizei hat dabei die Aufgabe, jede Demonstration zu schützen und ihre Durchführung zu ermöglichen. Die Rechtslage ist komplex und die Rechtsprechung vom konkreten Fall abhängig.

Tipps zur Organisation von Versammlungen:
MOBIT Thüringen (Hg.): Handbuch Versammlungsrecht.

12. Beispiele für Selbstverständnis und Geschäftsordnung eines Bündnisses

Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage

Obwohl sich in Halle bisher kaum stabile rechtsextreme Strukturen festigen konnten, finden auch hier wie überall in Sachsen-Anhalt immer wieder konkrete neonazistische Aktivitäten mit dem Ziel statt, Halle als ein weiteres Zentrum rechtsextremer Organisation zu etablieren. Rechte Gewalttaten, Alltagsrassismus und strukturelle Ausgrenzungen sind auch in Halle nicht hinnehmbare Realität und fordern uns heraus. Bereits in der Vergangenheit konnten vor Ort wirksamer, öffentlicher Protest organisiert und präventive Projekte initiiert werden. Wir wollen durch langfristiges Engagement verbindliche Strukturen schaffen, die sich über konkrete Anlässe hinaus der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Einstellungspotentialen und der lokalen Strategieentwicklung widmen. Daher wurde die Initiative für die Gründung eines übergreifenden und neue Akteure einbindenden Bündnisses ergriffen, das sich auf der Basis der Erfahrungen von Einzelpersonen und Strukturen zusammen findet. Die Schlussfolgerungen aus der Geschichte der Initiative Zivilcourage Halle (seit 1998) und der dreijährigen Arbeit des Lokalen Aktionsplanes Halle sowie den Gegenaktionen zu den Naziaufmärschen am 17. Juni und 7. November 2009 waren wichtige Impulse zur Gründung von "Halle gegen Rechts. Bündnis für Zivilcourage"

Lebendige Demokratie als Ausgangspunkt unseres Handelns

Im Bündnis "Halle gegen Rechts" engagieren sich gleichberechtigt Einzelpersonen und Organisationen aus Halle (Saale). Wir bekennen uns zur lebendigen Demokratie und zum respektvollen Umgang miteinander sowie zur Weltoffenheit und Vielfalt, die das Fundament für das Zusammenleben in unserer Stadt bilden. Die Unantastbarkeit der Menschenwürde und die Universalität der Menschenrechte sind wichtige Ausgangspunkte unseres Handelns. Wir distanzieren uns grundsätzlich von jeglicher Art der Ausgrenzung, der Diskriminierung und des Rassismus im Alltag, im öffentlichen Raum und in institutionellen Strukturen. Für uns sind Rechtsextremismus, Antisemitismus und Gewalt in jeglicher Form unvereinbar mit den Grundsätzen einer demokratischen und weltoffenen Gesellschaft, für die wir mit Entschiedenheit eintreten.

Selbstverständnis eines Bündnisses





Langfristiges Engagement und vernetztes Agieren

Der Blick auf die Ereignisse der vergangenen Jahre in Halle (Saale) offenbart eines: Nur auf öffentliche Aktionen der Rechten zu reagieren, reicht nicht aus. Unser Ziel ist es, möglichst viele Einzelpersonen und Organisationen, die sich für ein demokratisches und tolerantes Miteinander engagieren, zusammenzuführen. Wir wollen deshalb langfristiges Engagement gegen Rechtsextremismus stärken und weiterentwickeln. Das Bündnis sieht es als seine Aufgabe an, durch kontinuierliche Arbeit die Hallenserinnen und Hallenser für die demokratischen Grundwerte unserer Gesellschaft zu sensibilisieren und sie zum eigenen Engagement zu aktivieren. Wir wollen sichtbare Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt, Rassismus und Rechtsextremismus in Halle setzen und dabei schnell auf Aktivitäten der Neonazis im öffentlichen Raum reagieren, um ihre Präsenz zu verhindern. Nur so kann sich die Zivilgesellschaft in unserer Stadt, die auf die Beteiligung und das Engagement möglichst Vieler angewiesen ist, gegen die undemokratischen ‚Rattenfänger‘ dauerhaft verteidigen.

Gemeinsam für ein weltoffenes Halle (Saale)

Wir verstehen uns als zivilgesellschaftliches und überparteiliches Bündnis, das allen Hallenserinnen und Hallensern offen steht, die unser Selbstverständnis anerkennen und aktiv unterstützen. Zudem begreifen wir uns als lernendes Bündnis und sind offen für neue Mitstreiter/innen und Ideen. Alle am Bündnis Beteiligten setzen sich aktiv und selbstkritisch mit Ausgrenzung und Alltagsrassismus in den eigenen Strukturen auseinander. Als zivilgesellschaftliches Bündnis wollen wir dem/der Oberbürgermeister/in beziehungsweise der Stadtverwaltung sowie den Stadträtinnen und Stadträten Ansprech- und Kooperationspartner sowie Berater zugleich sein, um gemeinsam Handlungsstrategien abzustimmen und umzusetzen. In unserer Arbeit fühlen wir uns den folgenden Grundsätzen verpflichtet:

- Gewaltfreiheit
- Vernetzung lokaler Akte
- Pluralität der Aktionsformen
- Gegenseitige Anerkennung und Wertschätzung der im Bündnis organisierten Einzelpersonen und Organisationen
- Transparenz der Entscheidungsstrukturen

"Halle gegen Rechts" steht mit zahlreichen Initiativen und Kampagnen in Kontakt und arbeitet mit diesen lokal und überregional zusammen.

NUR GEMEINSAM KÖNNEN WIR ERFOLGREICH SEIN!

Geschäftsordnung eines Bündnisses



Geschäftsordnung des Bündnisses „Suhl bekennt Farbe – Bündnis für Demokratie und Toleranz, gegen Rechtsextremismus“

Grundkonsens

Das Bündnis „Suhl bekennt Farbe – Bündnis für Toleranz und Demokratie, gegen Rechtsextremismus“ steht allen Menschen offen, die sich mit uns auf folgenden Grundkonsens einigen können:

Jegliches Handeln des Bündnisses ist auf die Entwicklung eines demokratischen und gewaltfreien Miteinanders in der Stadt Suhl ausgerichtet, welches sich in einer bunten Vielfalt des Zusammenlebens zeigt. Das Bündnis versteht sich als Plattform für das Agieren und Reagieren gegen rechtsextreme Einstellungen, Gruppen und Parteien, über parteipolitische, religiöse und kulturelle Grenzen hinweg. Wir bekennen uns zur Gewaltfreiheit, unsere Arbeit ist geprägt von Offenheit, Verbindlichkeit und Kontinuität.

Unsere Leitziele sind

Die ständige Auseinandersetzung mit und der Widerstand gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit im Alltag in Suhl und Umgebung zum Schutz der Menschenwürde und Demokratie. Nirgendwo dürfen Menschen durch Androhung oder Ausübung von Gewalt verängstigt oder in ihrer Bewegungsfreiheit beeinträchtigt werden. Alle Aktivitäten des Bündnisses haben das Ziel, zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie und Toleranz, gegen Extremismus und Gewalt sichtbar zu machen, zu stärken und damit Menschenwürde und Menschenrechte als zentrale Grundwerte unseres Zusammenlebens zu festigen. Schwerpunkt der Arbeit des Bündnisses ist der präventive Ansatz.

1. Organisation des Bündnisses „Suhl bekennt Farbe“

Das Bündnis „Suhl bekennt Farbe“ lebt vom Engagement seiner Mitglieder und versteht sich als Netzwerk von Gruppen, Vereinen, Einzelpersonen und Institutionen, die den Grundkonsens des Bündnisses „Suhl bekennt Farbe“ als handlungsleitend für sich anerkennen.

Das Bündnis bildet zur Vertretung einen SprecherInnenrat und Arbeitsgruppen für die inhaltliche Arbeit.

Das Bündnis setzt sich eigene Ziele für die Arbeit und vernetzt sich mit anderen Bündnissen für Toleranz und Demokratie.



Die Sitzungen des Bündnisses sind in der Regel öffentlich.
Der SprecherInnenrat kann entscheiden, bestimmte Sitzungen oder Teile nicht-öffentlich durchzuführen.

Das Bündnis behält sich vor, entsprechend § 6 Abs. 1 VersG Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, von den Veranstaltungen auszuschließen.

2. Mitgliedschaft im Bündnis/Bündnisarbeit

Die Anmeldung als Mitglied erfolgt formlos über die Koordinierungsstelle „Suhl bekennt Farbe“ und sollte neben der knappen Vorstellung der Gruppe, des Vereins, der Einzelperson oder Institution eine kurze Beschreibung ihrer Intentionen für die Bündnisarbeit und die bündnisrelevanten Aktivitäten beinhalten. Das Vertretungsverhältnis der Mitglieder sowie die Stellvertreterregelung im Bündnis ist verbindlich innerhalb der Gruppe, des Vereins oder der Institution zu regeln und der Koordinierungsstelle mitzuteilen.

Die Mitgliedschaft im Bündnis „Suhl bekennt Farbe“ bedarf einer Bestätigung des SprecherInnenrates, sofern nicht die Bündnisversammlung mit einfacher Mehrheit über eine Mitgliedschaft entscheidet und berechtigt zur Teilnahme an sämtlichen Veranstaltungen, Initiativen und Aktionen, die das Bündnis „Suhl bekennt Farbe“ durchführt, zum aktiven und passiven Wahlrecht bei der Wahl des SprecherInnenrates und zur Nutzung der Homepage (interner Bereich). Mindestens einmal im Jahr findet ein Jahrestreffen des Bündnisses statt. Des Weiteren können die Mitglieder des Bündnisses ihre Aktivitäten unter das Dach des Bündnisses „Suhl bekennt Farbe“ stellen und dafür das Label/Logo des Bündnisses nach Bestätigung durch den SprecherInnenrat benutzen. Die Mitgliedschaft im Bündnis ist kostenlos, erfordert allerdings Engagement. Verstoßen Mitglieder gegen den Grundkonsens des Bündnisses, kann der SprecherInnenrat einen begründeten Vorschlag zum Umgang mit dem Verstoß an die Mitglieder des Bündnisses herantragen, der in letzter Konsequenz in einen Ausschluss aus dem Bündnis münden kann. Für den Vorschlag ist eine 2/3-Mehrheit aller SprecherInnen erforderlich, für den Ausschluss aus dem Bündnis die 2/3 Mehrheit aller Bündnis-Mitglieder-Stimmen. Alle übrigen Abstimmungen im Bündnis erfolgen mit einfacher Mehrheit der anwesenden Stimmen. Jedes Mitglied hat eine Stimme.

3. Aufgaben und Wahl des SprecherInnenrates

Für eine ausgewogene Meinungsbildung ist der SprecherInnenrat möglichst paritätisch mit 7 Mitgliedern zu besetzen. Der SprecherInnenrat vertritt das Bündnis nach außen und koordiniert die Bündnisaktivitäten und die Arbeit der Arbeitsgemeinschaften in Abstimmung mit der Koordinierungsstelle. Sie trifft sich mind. viermal im Jahr.

Entscheidungen werden mit einfacher Mehrheit der Anwesenden getroffen. Mitglieder des Bündnisses können an den Treffen des SprecherInnenrates teilnehmen und Themen setzen. Dafür sollte eine Anmeldung bis drei Tage vor dem Treffen per Email oder über eine/n Sprecher/In erfolgen. Die Kommunikation innerhalb des SprecherInnenrates erfolgt vorrangig per Mail. Auf dem Jahrestreffen des Bündnisses „Suhl bekennt Farbe“ gibt der SprecherInnenrat Rechenschaft über seine Aktivitäten. Auf dem Jahrestreffen wird ebenfalls über die Zusammensetzung des SprecherInnenrates in geheimer Wahl abgestimmt.

Der SprecherInnenrat wird für ein Jahr gewählt. Jedes Mitglied (Gruppe, Verein, Einzelperson, Institution) kann dabei eine Kandidatin/einen Kandidaten aufstellen und hat einen Wahlzettel mit maximal 7 Stimmen. Stimmen dürfen nicht kumuliert werden. Die KandidatInnen sind gewählt, wenn sie mind. 50% der anwesenden Mitgliederstimmen auf sich vereinen. Erreichen mehr als 7 KandidatInnen die einfache Mehrheit der Stimmen, entscheidet die Reihenfolge nach Stimmenzahl. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet eine Stichwahl. Wird die erforderliche Anzahl der SprecherInnen im ersten Wahlgang nicht erreicht, ist ein zweiter Wahlgang für die noch zu vergebenden Plätze im SprecherInnenrat erforderlich.

Scheidet ein SprecherInnenrat-Mitglied vorfristig aus, rückt der Kandidat, der bei der letzten SprecherInnenratswahl die nächst höchste Stimmenzahl auf sich vereint hat, nach. Steht dieser Kandidat nicht zur Verfügung, muss zeitnah eine Nachwahl erfolgen.

4. Änderungen der Geschäftsordnung

Änderungen der Geschäftsordnung können nur nach Beratung im SprecherInnenrat zur Abstimmung gestellt werden. Änderungen erfolgen mit 2/3-Mehrheit der Mitgliederstimmen des Bündnisses. Ein Umlaufverfahren per Mail ist möglich, wobei die Rücklauffrist mindestens 10 Werktage beträgt.

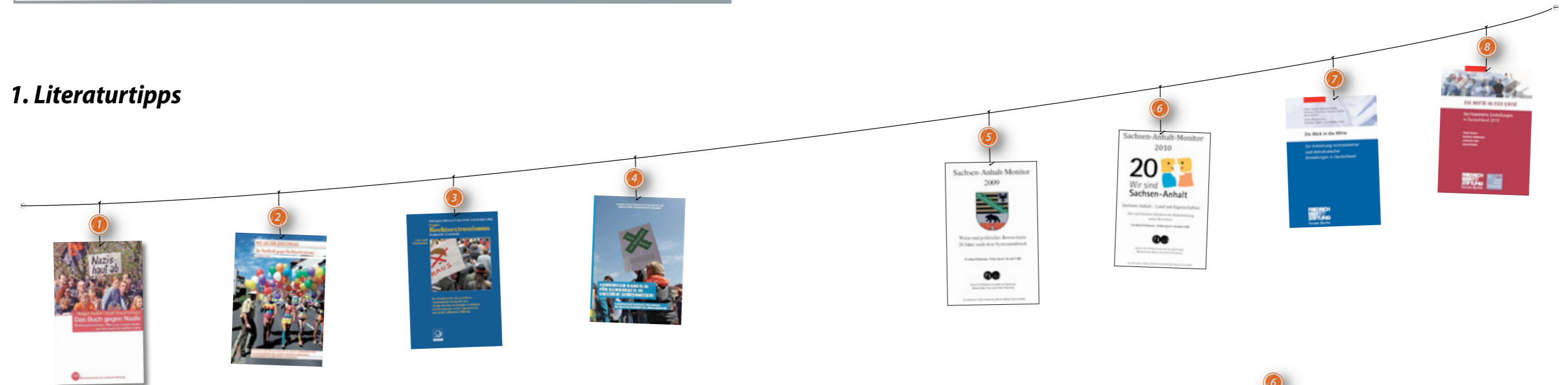
5. Inkrafttreten

Die Geschäftsordnung des Bündnisses „Suhl bekennt Farbe“ tritt am 27.10.2007 in Kraft und wurde letztmalig mit Beschluss vom 7.11.08 geändert.

Das Bündnis „Suhl bekennt Farbe“

10 Serviceteil

1. Literaturtipps



1
Das Buch gegen Nazis. Rechtsextremismus – Was man wissen muss, und wie man sich wehren kann. Hg.: Holger Kulick, Torald Staud. Bonn 2009

3
Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus.
Hg.: Dietmar Molthagen, Lorenz Korgel. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2009.
<http://library.fes.de/pdf-files/do/06431.pdf>

2
Mut-ABC für Zivilcourage.
Ein Handbuch gegen Rechtsextremismus von Schülern für Schüler. Hg.: Holger Kulick. Leipzig 2008

4
Gemeinsam handeln: Für Demokratie in unserem Gemeinwesen! Hg.: Akademie für Sozialpädagogik und Sozialarbeit und Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement. Halle (Saale) 2010.
http://b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2010/12/handreichung_gemeinsam_handeln.pdf

5
Sachsen-Anhalt-Monitor 2009:
Politische Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger in Sachsen-Anhalt. Everhard Holtmann, Tobias Jaeck, Kerstin Völkl. Halle (Saale) 2009.
<http://www.sachsen-anhalt.de/index.php?id=26088>

7
Ein Blick in die Mitte.
Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen. Oliver Decker, Katharina Rothe u.a. Berlin 2008

6
Sachsen-Anhalt-Monitor 2010:
Sachsen-Anhalt - Land mit Eigenschaften.
Everhard Holtmann, Tobias Jaeck, Kerstin Völkl Halle (Saale) 2010.
<http://www.sachsen-anhalt.de/index.php?id=26088>

8
Die Mitte in der Krise.
Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010.
Oliver Decker, Marliese Weißmann, Johannes Kiess, Elmar Brähler. Berlin 2010.

2. Ansprechpartner in Sachsen-Anhalt

➔ Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt

Geschäftsstelle Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit
Geschäftsstelle Netzwerk für Demokratie und Toleranz Sachsen-Anhalt
Schleinufer 12, 39104 Magdeburg
Telefon: 0391-567-6460
E-Mail: cornelia.habisch@lpb.mk.sachsen-anhalt.de

➔ Landeskoordinierungsstelle für das Bundesprogramm TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN

Ministerium für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt
Bereich: Integrationsbeauftragte und Prävention von Rechtsextremismus
Turmschanzenstr. 25, 39114 Magdeburg
Tel: 0391 – 567 46 53
E-Mail: hildegard.rode@ms.sachsen-anhalt.de
[www: http://www.sachsen-anhalt.de/index.php?id=42692](http://www.sachsen-anhalt.de/index.php?id=42692)

➔ Mobile Beratungsteams in Sachsen-Anhalt

Mobile Beratungsteams unterstützen Menschen, die vor Ort mit rechtsextremen Ereignissen konfrontiert sind.
Die Mobile Beratung hilft professionell, kostenlos und vertraulich.

➔ Regionales Beratungsteam Nord

Landkreise Jerichower Land, Landkreis Stendal,
Altmarkkreis Salzwedel, Bördekreis
Miteinander e.V., Chüdenstr. 4, 29410 Salzwedel
Telefon: 03901 – 305 99 62, E-Mail: rbt.rzn@miteinander-ev.de

➔ Regionales Beratungsteam Mitte

Magdeburg
Miteinander e.V., Erich-Weinert-Str. 30, 39104 Magdeburg
Telefon: 0391 – 620 77 59, E-Mail: net.gs@miteinander-ev.de

➔ Regionales Beratungsteam Süd

Landkreise Harz, Salzlandkreis, Burgenlandkreis, Halle (Saale)
Miteinander e.V., Platanenstr. 9, 06114 Halle (Saale)
Telefon: 0345 – 523 72 14, E-Mail: rbt.rzs@miteinander-ev.de

➔ Regionales Beratungsteam Süd-West

Landkreise Mansfeld-Südharz und Saalkreis
Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V., Leipziger Straße 37, 06108 Halle (Saale)
Telefon: 0345 – 69 49 21 80, E-Mail: rbt.sw@freiwilligen-agentur.de

➔ Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Anhalt

Stadt Dessau-Roßlau, Landkreise Anhalt-Bitterfeld und Wittenberg
Alternatives Jugendzentrum e.V., Schlachthofstraße 25, 06844 Dessau-Roßlau
Telefon/ Fax: 0340 – 266 02 13, E-Mail: buero@projektgegenpart.de

➔ Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt

Die Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt unterstützen Betroffene nach einem rassistischen, rechten oder antisemitischen Angriff. Sie beraten kostenlos vor Ort und auf Wunsch anonym.
Die Beratungsstellen intervenieren, wenn sich Betroffene rechter Gewalt alleine gelassen fühlen.

➔ Magdeburg

Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt
Miteinander e.V., Erich-Weinert-Str. 30, 39104 Magdeburg
Telefon: 0391 – 544 67 10, Mobil: 0170 – 294 83 52 und 0170 – 292 53 61
E-Mail: opferberatung.mitte@miteinander-ev.de

➔ Salzwedel

Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt
Miteinander e.V., Chüdenstr. 4, 29410 Salzwedel
Telefon: 03901 – 306431, Mobil: 0170 – 290 41 12 und 0175 – 663 87 10
E-Mail: opferberatung.nord@miteinander-ev.de

➔ Halle (Saale)

Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt
Miteinander e.V., Platanenstr. 9, 06114 Halle (Saale)
Telefon: 0345 – 226 71 00, Mobil: 0170 – 294 84 13, 0151 – 533 18 824
und 0175 – 162 27 12
E-Mail: opferberatung.sued@miteinander-ev.de

➔ Dessau

Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer Straf- und Gewalttaten
Multikulturelles Zentrum Dessau e.V., Parkstraße 7, 06846 Dessau-Roßlau
Telefon/Fax: 0340 – 661 23 95, E-Mail: opferberatung@datel-dessau.de

➔ Bündnisse gegen Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt

Aktuelle Adressen und Kontaktdaten der Lokalen Bündnisse und Initiativen gegen Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt finden Sie im Internet auf der Seite der Kampagne „Hingucken – einmischen“:
<http://www.sachsen-anhalt.de/index.php?id=24983>

➔ Lokale Aktionspläne

Lokale Aktionspläne entwickeln gemeinsam eine Strategie für Toleranz und Vielfalt, für demokratisches Handeln und gegen rechtsextreme, fremdenfeindliche und antisemitische Tendenzen vor Ort. Sie unterstützen engagierte Initiativen bei der Umsetzung ihrer Projektideen durch Beratung und Gewährung von Fördermitteln.

➔ Lokale Aktionspläne in Sachsen-Anhalt:

http://www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de/tfks_lokale_aktionsplaene.html
> Das Bundesprogramm > Lokale Aktionspläne > auf die Karte klicken und den betreffenden Landkreis auswählen.

3. Web-Tipps

➔ Bündnis für Demokratie und Toleranz

<http://www.buendnis-toleranz.de/cms/ziel/425959/DE/>
Viele Projektideen für Demokratie und Toleranz

➔ Friedrich-Ebert-Stiftung

<http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/inhalte/Handbuecher.php>

➔ Hingucken. Einmischen. Die Kampagne in Sachsen-Anhalt

<http://www.sachsen-anhalt.de/index.php?id=24280>

➔ Mut gegen Rechte Gewalt

www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/
Viele Beispiele für gute Praxisprojekte gegen Rechtsextremismus

➔ Netz gegen Nazis

www.netz-gegen-nazis.de/handeln/12fragen
Was tun, wenn ... Netz gegen Nazis gibt Tipps für den Umgang mit rechtsextremen Ereignissen

➔ Wegweiser Bürgergesellschaft

<http://www.buergergesellschaft.de/praxishilfen>
Praktische Hinweise und Methoden für engagierte Bürger_innen zu vielfältigen Fragen von „Arbeit im Verein“ über „Konfliktlösung“ bis zur „Veranstaltungsplanung“

➔ Vielfalt Mediathek

<http://www.vielfalt-mediathek.de/>
Hier können Bildungsmaterialien für Toleranz, Demokratie und Vielfalt, gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus kostenlos ausgeliehen werden

11 Quellennachweis & Literaturverzeichnis

Dölemeyer, Anne/ Mehrer, Anne: Einleitung: Ordnung.Macht.Extremismus. In: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hg.): Ordnung.Macht.Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells. Wiesbaden 2011, S. 7-34.

Elverich, Gabi: Hinweise für den pädagogischen Umgang mit dem Thema Rechtsextremismus. In: Molthagen, Klärner, Korgel, Pauli, Ziegenhagen (Hg.): Gegen Rechtsextremismus – Handeln für Demokratie. Bonn 2008, S. 14-23.

Hanneforth, Grit: Bündnisse gegen Rechtsextremismus gründen: Mobilisierung, Öffentlichkeitsarbeit, Netzwerkbildung. In: Molthagen, Klärner, Korgel, Pauli, Ziegenhagen (Hg.): Gegen Rechtsextremismus – Handeln für Demokratie. Bonn 2008, S. 323-339.

Heitmeyer, Wilhelm: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse. In: Ders. (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 1, Frankfurt a.M. 2002, S. 15-36.

Heitmeyer, Wilhelm: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und empirischen Ergebnisse aus 2002 sowie 2003. In: Ders. (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 2, Frankfurt a.M. 2003, S. 13-34.

Heitmeyer, Wilhelm: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Gesellschaftliche Zustände und empirischen Ergebnisse aus 2002 sowie 2005. In: Ders. (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 4, Frankfurt a.M. 2006, S. 15-38.

Heitmeyer, Wilhelm: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Ein normaler Dauerzustand?. In: Ders. (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 5, Frankfurt a.M. 2007, S. 15-37

Miteinander e.V.: Streiten mit Neonazis? Zum Umgang mit öffentlichen Auftritten von Rechtsextremisten. Magdeburg/ Halle 2008.

MOBIT Thüringen (Hg.): Handbuch Versammlungsrecht. Erfurt 2011.

Molthagen, Klärner, Korgel, Pauli, Ziegenhagen (Hg.): Gegen Rechtsextremismus – Handeln für Demokratie. Bonn 2008.

Palloks, Kerstin/Steil, Armin: Von Blockaden und Bündnissen: Praxismaterialien zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im Gemeinwesen. Juventa 2008.

Strobl, Rainer/ Lobermeier, Olaf: Wie schafft man demokratische Kultur? Netzwerke zwischen erfolgreicher Intervention und wirkungslosem Aktionismus. In: Heitmeyer, Wilhelm: Deutsche Zustände, Folge 9, Frankfurt a.M. 2010, S. 307-316.

Strobl, Rainer/ Würtz, Stefanie/ Klemm, Jana: Demokratische Stadtkultur als Herausforderung. Stadtgesellschaften im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Weinheim und München 2003.

„Man sollte nie dem Glauben verfallen, eine kleine Gruppe ideenreicher, engagierter Leute könnte die Welt nicht ändern. Tatsächlich wurde sie nie durch etwas anderes geändert.“

(Margaret Mead)

Vierorts bedrohen fremdenfeindliches Denken und rechtsextreme Ideologen oder Gewalt das friedliche Zusammenleben. Immer öfter wehren sich demokratisch gesinnte Bürgerinnen und Bürger und schließen sich zu Initiativen oder Bündnissen zusammen, um gemeinsam gegen die Gefahr von rechts aktiv zu werden. Dieses Handbuch bietet lokalen Bündnissen gegen Rechtsextremismus praktische Unterstützung durch zahlreiche Tipps von der Gewinnung von Mitstreiter_innen über den Umgang mit Konflikten bis hin zu einem Handwerkskasten „für alle Fälle“.



Die Publikation wird
gefördert durch:

Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“.

